

PROTOKOLL

über die 27. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,

den 21. Juni 1966, im Rathaus, I. Stock, hinten, Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung : 16,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR. :

Direktor Hans Schanovsky

Josef Hochmayr

STADTRÄTE:

Alfred Baumann

Alois Besendorfer

Karl Gherbetz

Alois Huemer

Konrad Kinzelhofer

Ludwig Kubanek

Leopold Petermair

Emil Schachinger

GEMEINDERÄTE:

Johann Ebmer

Karl Feuerhuber

Franz Frühauf

Rudolf Fürst

Johann Heigl

Anton Hochgatterer

Franz Hofer

Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Otilie Liebl

August Moser

Stefanie Pammer

Johann Radmoser

Franz Schmidberger

Susanne Tschებაus

Kommerzialrat Ludwig Wabitsch

Rudolf Wagner

Alfred Watzenböck

Franz Weiß

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

VOM AMTE:

Mag. Dir. Dr. Karl Enzelmüller

Obermagistratsrat Dr. Johann Eder

PROTOKOLLFÜHRER:

Oberamtsrat Roland Postler

VB. Gerda Wilder

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

- 1) Spa-6006/65 Ergänzung des Sparkassen - Verwaltungsaus-
schusses.
- 2) Präs-255/66 Neuregelung der Bezüge.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

- 3) Bau6-3065/65 Kanalbau Sammler F.
- 4) Bau3-4415/65 Herstellung der Straßen und Kanäle im Berei-
che des Bauvorhabens E XIX.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

- 5) Gem XIII-3570/66 Erhöhung des Wasserpreises.
- 6) ÖAG-3532/66 Erhöhung der Tarife der städtischen Ver-
kehrsbetriebe.
Städt. Untern.
- 7) ÖAG-2104/66 Genehmigung der Jahresbilanz 1965 der Städ-
tischen Unternehmungen.
Städt. Untern.
- 8) ÖAG-3201/66 Deckung des Abganges im Betriebszweig "Stadt-
bad" der Städtischen Unternehmungen.
Städt. Untern.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

- 9) Ha-1927/64 Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens
Ha-1585/64 an die GWG der Stadt Steyr zur Finanzierung
Ha-4288/63 der Wohnbauten W I - III, Sch V und Garagen
(Grundkauf).
- 10) Ha-2780/66 Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens
an die GWG der Stadt Steyr zum Bau des Fern-
heizwerkes und der Wohnbauanlage E XXI.

BERICHTERSTATTER STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

- 11) K-2600/66 Abwicklung der Gastspielsaison 1966/67 im
Stadttheater Steyr.
- 12) Bau3-6421/61 Genehmigung der Planungskosten für einen Ta-
boraufzug.

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

- 13) Ges-170/65 Abgrenzung der Straßenbenennungen im Bereiche des Verkehrsknotens Ennser Straße und Umbenennung eines Teiles der Posthofstraße.
- 14) Ges-170/65 Umbenennung eines Teiles der Fabrikstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

- 15) ÖAG-3062/66 Verkauf eines Teiles der Grundparzelle 179/1 KG. Jägerberg an die GWG der Stadt Steyr.
- 16) Bau3-1403/66 Asphaltierung von Straßen in Münchenholz und in der Fischhub.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

- 17) Ha-6099/65 Gewährung eines Darlehens an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr (Bauvorhaben I Azwangerstraße).
- 18) Ha-6100/65 Gewährung eines Darlehens an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr (Bauvorhaben II Azwangerstraße).

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

- 19) Wi-581/65 Erklärung der Stadtgemeinde Steyr zum Fremdenverkehrsgebiet.
- 20) Bau3-786/63 Straßenbau Posthofstraße - Resthof; Restabwicklung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL GHERBETZ:

- 21) Bau5-4505/65 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Johann und Maria Kober zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses.
- 22) Bau2-2553/66 Genehmigung einer Grundteilung (Hubert und Antonia Sandmayr) und Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an die Fa. Beer & Janischofsky.
Bau5-3112/66

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 23) Bau2-1888/64 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Herbert Reisinger zur Schaffung eines Bauplatzes.
Bau5-2087/64
- 24) Bau2-3343/66 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Schaffung von 4 Bauplätzen in der erweiterten Infangsiedlung (Walter Buchstaller, Wilhelm Schwendtner, Franz Wieringer u. Johann Hauser).

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung recht herzlich begrüßen. Die Sitzung ist beschlußfähig. Entschuldigt ist Herr Stadtrat Prof. Radinger. Zu Protokollprüfern werden vorgeschlagen Frau GR. Pammer und Herr GR. Holzinger. Ich bitte die beiden Gemeinderäte, diese Funktion zu übernehmen.

Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen, es ist kein Einspruch dagegen erhoben worden.

Ich darf Ihnen vor Eingang in die Tagesordnung ein Schreiben verlesen, das mir von Herrn GR. Kölbl übermittelt wurde. Er schreibt: "Ich bin seit längerer Zeit außerhalb Steyrs tätig. Ich habe nun einen weiteren Arbeitsplatzwechsel vor und kann nur mehr schwer meinen Verpflichtungen als Gemeinderat nachkommen. Ich lege daher mit heutigem Tage mein Gemeinderatsmandat zurück und bitte, dies dem Gemeinderat mitzuteilen." Dies ist damit auf Grund des Statuts geschehen.

Wir gehen in die Tagesordnung ein und ich darf Herrn Vizebürgermeister Schanovsky um seinen Vortrag bitten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Verwaltungsausschuß der Sparkasse ist ein Mandat frei geworden und zwar durch das Ausscheiden des Herrn Martin Singer. Der diesbezügliche Antrag lautet:

1) Spa-6006/65

Ergänzung des Sparkassen-Verwaltungsausschusses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Ergänzung des Sparkassen-Verwaltungsausschusses wird Herr Franz Traunbauer, Direktor i. R., Steyr, Wenhartstraße 11, seitens der

Gemeinde Steyr in diesen Ausschuß entsendet.

Der Entsendete muß ein Gemeindeglied sein, er darf nicht Angehöriger des Gemeinderates sein.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist nicht der Fall, somit darf ich diesen Antrag als genehmigt ansehen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Als zweiten Tagesordnungspunkt habe ich die Neuregelung der Bezüge, mit Wirksamkeit vom 1. 6. 1966, und eine Ergänzung der Zulagenautomatik vorzutragen.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

2) Präs-255/66

Neuregelung der Bezüge.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I.

Den Beamten der Stadtgemeinde Steyr, ausgenommen den Beamten in handwerklicher Verwendung, werden mit Wirkung vom 1. 6. 1966 bis zum Inkrafttreten der entsprechenden bundesgesetzlichen Regelung vorschußweise monatliche Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 5. 1966 gültigen Gehaltsansätzen und den in den Anlagen I und II angegebenen, um 6 %, mindestens jedoch um S 120, --, erhöhten Gehaltsansätzen gewährt. Die neuen Ansätze sind gegebenenfalls an die noch zu veröffentlichenden Bundessätze anzugleichen.

II.

Den Beamten in handwerklicher Verwendung werden mit Wirksamkeit vom 1. 6. 1966 bis zu einer entsprechen-

den Novellierung des § 30 StGBG vorschauweise monatliche Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 5. 1966 gültigen Gehaltsansätzen und den in der Anlage III angegebenen, um 6 %, mindestens aber um S 120,--, erhöhten Gehaltsansätzen gewährt.

III.

Die in den Abschnitten I und II behandelten Ergänzungszulagen unterliegen der Pensions- und Krankenfürsorgebeitragspflicht, sowie der Pensionsautomatik.

Die Mindesterrhöhung für die Pensionsempfänger wird mit

S 40,-- für Empfänger von Ruhegehältnissen und Gnadenpensionen und

S 20,-- für Empfänger von Versorgungsgenüssen und Erziehungsbeiträgen

bestimmt.

IV.

Auf die Vertragsbediensteten finden die Abschnitte I und II sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, daß die Ergänzungszahlungen um den Sozialversicherungsausgleich erhöht werden, wodurch sich die Ansätze nach den Tabellen 1 - 3 ergeben. Die Entlohnung der Nebenlehrer erfolgt nach der Tabelle 4.

V.

Die Stipendien der Kindergartenvorschülerinnen werden gegenüber dem Stande vom Mai 1966 ab 1. 6. 1966 um je S 60,-- monatlich erhöht.

VI.

Punkt III des Stadtsenatsbeschlusses vom 27. 4. 1965, Präs-220/65, betreffend Regulierung von Nebengebühren, wird ab 1. 6. 1966 wie folgt geändert:

a) Der letzte Halbsatz des 1. Absatzes hat wie folgt zu lauten:

"Bei Tages- oder Stundensätzen (Bauzulagen, Schichtzulagen, Fernzulage, Zulage für die Reinigung der Jugendherberge) auf 5 Groschen bzw. das Vielfache hievon pro Einheit und bei Gebühren für Einzelleistungen (z. B. Theaterdienst, Nachtdienstzulage, Heizpauschalien) auf 50 Groschen oder das Vielfache dieses Betrages pro Leistung aufzurunden".

b) Punkt 1 der Ausnahmen von der Automatik ("Allgemeine Dienstzulage") wird gestrichen. Die folgenden Punkte erhalten die Bezeichnung 1 - 5.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird zu diesem Antrag des Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall, ich darf somit auch die Zustimmung zu diesem Antrag annehmen.

Bürgermeister -- Stellvertreter Hochmayr bitte!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die erfreuliche Wohnbautätigkeit in der Stadt hat dazu geführt, daß wir an Ausdehnungsmöglichkeiten in erster Linie nur mehr einen Raum haben, und das ist der Raum Gleink. Sie wissen, daß dort nicht nur Wohngebäude entstehen, sondern daß dort auch Industriegebiet vorhanden ist. Eine Tatsache, die leider aufgezeigt werden muß, ist, daß eine entsprechende Entwässerung noch nicht vorhanden ist. In diesem Raum liegt auch unser Grundwasser und im Interesse der Gesunderhaltung der gesamten Bevölkerung ist es wohl auch erforderlich, daß wir alles tun, daß eine Verseuchung des Grundwassers un-

terbleibt. Ich habe daher heute die ehrende Aufgabe, Sie zu bitten, einen Grundsatzbeschuß zu fassen, daß der Sammler F ehemöglichst gebaut werden kann. Sie haben ja bereits die Planung und die Planungskosten genehmigt und nun ist es soweit, daß ich Ihnen den folgenden Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses unterbreiten darf.

Er lautet:

3) Bau6-3065/65

Kanalbau Sammler F.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Sammler F gemäß dem generellen Kanalisierungsprojekt von Steyr ist dringendst zur Ausführung zu bringen. Die damit befaßten Magistratsabteilungen haben alles vorzukehren, um zum ehest möglichen Termin das Bauwerk herzustellen.

Ich darf Sie bitten, meine sehr Verehrten, diesem Grundsatzbeschuß Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Bitte, Herr Gemeinderat Knogler!

GEMEINDERAT JOHANN KNOGLER: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ein altes Sprichwort aus dem Volksmund - das zwar heute nicht mehr so oft gebraucht wird, aber manchmal doch noch Anwendung finden kann - heißt: Gut Ding braucht Weile.

Mit dem Beschluß des Sammlers F wird heute der Grundstein zur Abwässerbeseitigung und Kanalisation der Gebiete Stein und Gleink gelegt. Es erübrigt sich, heute etwas über die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieses Großprojektes und dieses Bauvorhabens zu sagen, denn dies wurde bereits in der letzten Budgetsitzung gemacht. Die Stadt Steyr ist eben eine

Stadt, die vielleicht nicht so, wie viele andere Städte, die Möglichkeit hat, sich nach allen Seiten, nach allen Himmelsrichtungen hin auszudehnen. Sie ist irgendwie gebunden und hat nur wenige solche Möglichkeiten. Eine der günstigsten Möglichkeiten ist eben die Richtung Gleink, wurde doch vor Jahren die Bundesstraße verbreitert und entsprechend dem heutigen Verkehr hergerichtet. Es ist auch gelungen, durch das Zusammenwirken vieler günstiger Faktoren, den Besitz Resthof, mit den so schönen und wertvollen Baugründen, in das Gemeindeeigentum zu überführen. Trotz gewisser Bauhemmungen, z. B. durch das Fehlen der Kanalisation in Stein und Gleink, sind in Gleink sehr schöne und sehenswerte Siedlungen entstanden. Ich nenne nur die Mayrhofsiedlung und die Infangsiedlung. Jetzt wird die Möglichkeit gegeben, daß sich auch dieses Siedlungsgebiet noch erweitern kann. Eine weitere Möglichkeit wird den arbeitswilligen und arbeitsfreudigen Familien gegeben, welche bestimmt davon baldigst Gebrauch machen werden, sich einen Baugrund zu erwerben, ein Siedlungshaus zu bauen, ein eigenes Heim und eine Wohnung, der Zeit entsprechend, zu errichten. Mit diesem Faktor tritt wieder eines in den Vordergrund, daß dadurch auch Bewohner anderer Stadtteile eher in den Genuß einer Wohnung kommen werden. Bevor ich aber zum Schluß meiner Ausführungen komme, möchte ich doch noch herausstreichen, daß gerade die Bevölkerung von Gleink und Stein in letzter Zeit bewiesen hat, daß sie so wenig wie möglich die finanziellen Mittel der Gemeinde in Anspruch nehmen will, nämlich durch die Errichtung und die Renovierung des so schönen und würdigen Kriegerdenkmals in Gleink, dessen sehr eindrucksvoller Enthüllungsfeier die meisten aus diesem Hause hier beigewohnt haben. Ich bin der vollen Überzeugung, daß gerade die Bevölkerung dieses Stadttei-

les den heutigen Beschluß und die zur Verwirklichung desselben notwendigen Mittel, welche im Laufe der weiteren Jahre freigegeben werden, bestimmt zu schätzen wissen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Schanovsky bitte!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Dieser grundsätzliche Beschluß hat natürlich finanzielle Auswirkungen. Wir haben gehört, daß das ein Großprojekt ist. Ich darf Sie nur darüber informieren, daß der Kanal alleine, ohne die Kläranlage, S 10 Mill. kosten wird und daß die Kläranlage, je nach System, weitere S 10 - 30 Mill. beanspruchen wird. Sie sollen daraus nur ersehen, wie die Finanzlage der Stadt Steyr damit beansprucht wird.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Kollege Besendorfer bitte!

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Der Freude über diesen Grundsatzbeschuß ist der Ausdruck verliehen worden. Wir haben in langen Beratungen die finanzielle Seite beleuchtet und es mußte zur Kenntnis genommen werden, daß verschiedene andere auch sehr sehr dringende Vorhaben dadurch zurückgestellt werden müssen. Ich persönlich möchte dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß mit dieser edlen Tat der Gemeinde sich die Grundstücke in diesem Gebiet nicht sehr verteuern. Gemeinderat Knogler hat ja schon gesagt, daß in dem Gebiet, das der Stadt die Möglichkeit gibt, sich auszubreiten, gewiß mit vielen Siedlern zu rechnen ist. Auf Grund der Erfahrung, die man bisher auf diesem Gebiet gemacht hat, muß man die Befürchtung aussprechen, daß wir für viele etwas Gutes getan haben, aber daß andere Kräf-

te da sein werden, die den Gewinn dieser Arbeit durch erhöhte Grundpreise einstreifen. Erfahrungsgemäß ist überall dort, wo die Gemeinde bereit war aufzuschließen und das ihre beizutragen, ein gewaltiger Anstieg diverser Preise zu verzeichnen gewesen.

Diesen Wunsch wollte ich vorbringen. Wenn es möglich ist, sollen alle zusammenwirken, damit diese Tat der Gemeinde nicht dazu führt, daß sich andere dadurch bereichern.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Kollege Knogler war ja am Samstag selbst Zeuge, mit welchem Nachdruck die Bevölkerung des Ortsteiles Gleink dieses Verlangen an uns herangetragen hat und mit wieviel Freude und Befriedigung die versammelten Interessenten in der öffentlichen Versammlung diesen unseren Beschluß, der im Finanz- und Rechtsausschuß schon im positiven Sinn vorbesprochen wurde, aufgenommen haben. Wir konnten dort zum Ausdruck bringen, daß auch unserer Meinung nach die Kanalfrage der Kristallisationspunkt für eine weitere Belebung dieses Ortsteiles sein wird. Eine Belebung der Siedlungstätigkeit, aber auch der Wohnbautätigkeit, wie wir sie in unseren beiden Wohnbaubereichen, Ennsleite und Tabor, kennen, ist zu erwarten. Ehe die nächsten Budgetverhandlungen im Herbst beginnen, werden wir uns noch eingehend mit dem finanziellen Teil dieses Auftrages, den wir uns heute gegeben haben, beschäftigen müssen. Darf ich Ihre Zustimmung annehmen? Ich bitte Sie, diese mit einem Zeichen der Hand zu bekunden. Danke. Gegenprobe? Danke.

Der Antrag ist einstimmig angenommen: Ich danke Ihnen für diesen Beschluß.

Kollege Hochmayr bitte!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Ihnen einen 2. Antrag unterbreiten und zwar die Freigabe von Mitteln zur Herstellung der Straßen und Kanäle im Bereiche des Bauvorhabens E XIX und die Vergabe der entsprechenden Aufträge. Ich darf Sie bitten, folgendem Antrag des Stadtsekrates Ihre Zustimmung zu geben.

4) Bau3-4415/65

Herstellung der Straßen und Kanäle im Bereiche des Bauvorhabens E XIX.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Auftrag zur Herstellung der Straßen und Kanäle im Bereiche des Bauvorhabens E XIX wird der ARGE Ennsleite zum Preise von S 2,310.000,-- übertragen (Anbotspreis zuzüglich 7,5 % Preissteigerung seit 1. 5. 1964 und 10 % Sicherheitsreserve).

Zum genannten Zweck wird die erste Baurate in Höhe von

S 700.000,--

(Schilling siebenhunderttausend)

bei VP. 664-95 aoH. freigegeben.

Ich darf Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist dies nicht der Fall, der Antrag ist somit angenommen.

Als nächsten Berichterstatter bitte ich Herrn Kollegen Huemer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte vorerst den Amtsbericht zu dem nächstfolgenden Tagesordnungspunkt verlesen und Ihnen dann den Antrag des Finanz- und Rechts-

ausschusses zur Beschlüßfassung zur Kenntnis bringen.

Der Amtsbericht hat folgenden Wortlaut:

Infolge des progressiven Ausbaues der Stadt Steyr ist ein großer Kapitalbedarf für die notwendige Wasserversorgung, vor allem durch den Neubau von Versorgungsleitungen und Speichereinrichtungen gegeben. Auch die Sicherung des Schongebietes und des Brunnenschutzgebietes verursacht steigende Kosten durch die notwendigen behördlichen Vorschriften; es muß sowohl die Ergiebigkeit als auch die Reinheit des Grundwasservorkommens gesichert werden.

In der Bilanz des Städtischen Wasserwerkes kommen die für diese Zwecke von der Stadtgemeinde Steyr geleisteten Zuschüsse nicht zum Ausdruck; auch wurde bisher von einer Verzinsung Abstand genommen. Durch den Verzicht auf Zinsen im Hinblick auf das allgemeine Interesse ergab sich eine laufende Subventionierung des Wasserpreises durch öffentliche Mittel aus dem Budget der Stadtgemeinde Steyr. Trotz dieser finanziellen und buchhalterischen Maßnahmen ist durch die seit 8 Jahren eingetretene Erhöhung im gesamten Kostenrahmen der derzeitige Wasserzins, der an sich weit unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt, nicht mehr zu vertreten, da er über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Unternehmens weit hinausgeht. Eine Weiterführung wäre daher nur durch die erhöhte Barsubventionierung aus öffentlichen Mitteln, die anderen kommunalen Aufgaben entzogen werden müßten, möglich.

Die derzeitige Situation konnte auch nicht durch rigorose Einspar- und Rationalisierungsmaßnahmen weiter hinausgeschoben werden. Das Städtische Wasserwerk mit einem Personalstand von 14 Bediensteten sichert einerseits die Versorgung unseres gesamten Stadtgebietes ein-

schließlich von Teilen der Marktgemeinde Garsten und der Gemeinde St. Ulrich und betreut andererseits 103.000 m Wasserversorgungsleitungen, 5 Hochbehälter und die Maschinenanlagen des kontinuierlich im Betrieb stehenden Pumpenwerkes. Im Vergleich zu anderen kommunalen Wasserwerken ist dieser Personalstand äußerst gering (50 % unter dem vergleichbarer Wasserwerke). Nicht unwesentlich zur derzeitigen Situation hat auch die Erhöhung der Stromgebühren beigetragen, da das gesamte Wasser mittels Elektromotoren aus einer Tiefe von 22 bis 24 Metern im Brunnenfeld in Dietach gehoben und in das Versorgungsnetz gepumpt werden muß.

Die Erhöhung des Wasserabgabepreises auf S 1,50 pro Kubikmeter (1.000 l) entspricht dem Ergebnis der letzten Kostenrechnung und nimmt nur in unumgänglichstem Ausmaße auf die zu erwartenden Steigerungen Rücksicht. Auch hier kommt das Bestreben der Stadtverwaltung zum Ausdruck, im Rahmen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten das Ausmaß der Belastung der Bevölkerung so gering als möglich zu halten. Die Stadtgemeinde Steyr wird in den kommenden Jahren außerstande sein, dem Wasserwerk Zuschüsse in Form von Zinsenübernahmen oder Kapitaleinlagen zu gewähren, da sie mit drei großen Schulbauten (Ennsleite, Tabor, Frauenberufsschule), den notwendigen Kanal- und Verkehrsbauten - Sie haben eben einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt - und der Erfüllung ihrer sonstigen kommunalen Aufgaben in finanzieller Beziehung mehr als ausgelastet ist. Die Wasserversorgung muß aber, um die steigenden Bedürfnisse zu decken, weitere große Investitionen tätigen. So vor allem ist der Ausbau des Rohrnetzes über die Neuschönau auf die Ennsleite (Hubergutberg) und der Bau der Ringleitung Münchenholz eine unbedingte Notwendigkeit. Weiters müssen zur Sicherung der Was-

serversorgung in Ausnahmefällen und zur Stabilisierung der Druckverhältnisse zwei neue Großhochbehälter (einer in der Waldrandsiedlung, einer im Wolfener Wald) errichtet werden. Die bereits erwähnte Sicherung des derzeitigen Wassereinzugsgebietes im Brunnenfeld in Dietach ist notwendig, um auch in Hinkunft eine geordnete Wasserversorgung der Steyrer Bevölkerung zu sichern. Darüberhinaus ist es jedoch auch notwendig, um vor Katastrophen und Zwischenfällen sicher zu sein, ein neues Wasservorkommen zu erschließen. Neben diesen Investitionen sind auch die Steigerungen, die sich auf dem Sektor des Lohn- und Preisgefüges ergeben, in der jährlichen Höhe von rund S 400.000,-- zu decken.

Im Zuge der Neuregelung des Wasserpreises erfolgt auch eine Regelung der Wasseranschluß- und der Wasserzählerleihgebühren. Es ist auch beabsichtigt, in absehbarer Zeit die Regelung der Baukostenbeiträge für Neuverlegungen von Wasserleitungen im Wege einer weiteren Beschlußfassung durch den Gemeinderat einer gerechten Lösung zuzuführen.

Auf Grund der Vorberatungen ergeht nun folgender Antrag:

5) Gem XIII-3570/66

Erhöhung des Wasserpreises.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Ab 1. Juli 1966 sind im Bereiche des Städtischen Wasserwerkes nach Maßgabe der bisher bestehenden allgemeinen Regelung folgende Gebühren zur Verrechnung zu bringen:

Wasserpreis pro Kubikmeter: S 1,50.

Wasserleitungsanschlußgebühren:

25 mm (1 ") Rohrweite	S	500,--
40 mm (6/4")	S	1.300,--
50 mm (2 ")	S	2.000,--
80 mm	S	5.000,--
100 mm	S	8.000,--
150 mm	S	18.000,--

200 mm S 32.000, --

Wasserzählerleihgebühren:

13 - 20 mm-Zähler, monatl. S 6, --

25 mm-Zähler, monatl. S 8, --

30 mm-Zähler, monatl. S 9, --

40 mm-Zähler, monatl. S 17, --

50 mm-Zähler, monatl. S 35, --

80 mm-Zähler, monatl. S 40, --

Ich bitte den verehrlichen Gemeinderat um Annahme des von mir vorgebrachten Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Wir lassen über diesen Antrag abstimmen. Wer für den vom Kollegen Huemer vorgebrachten Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke. (1 Gegenstimme - GR. Moser, 1 Stimmenthaltung - GR. Schmidberger).

Herr Kollege Huemer bitte!

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Der zweite Antrag behandelt die Erhöhung der Tarife der Städtischen Verkehrsbetriebe. Auch da möchte ich dem verehrlichen Gemeinderat den Amtsbericht und dann den Antrag an den Gemeinderat vorlesen.

Ich bitte gleich im ersten Satz aufzumerken, aus welchen Gründen Sie vor diese Entscheidung gestellt werden.

Im Jahre 1957 wurden die Gebühren der Städtischen Verkehrsbetriebe zum letztenmal reguliert - das war vor fast 10 Jahren. Auch damals war es notwendig, den Gegebenheiten Rechnung tragend, für die finanzielle und wirtschaftliche Zukunft des Verkehrsbetriebes vorzusorgen. Selbstverständlich stand auch 1957 so wie heute der weitere Ausbau des Liniennetzes und die Aufrechterhaltung eines modernen Fahrbetriebes im Vordergrund der Erwägungen.

Die Städtischen Unternehmungen

haben sich nun in der Vergangenheit bemüht, in dem ihnen gegebenen Kostenrahmen ihren Aufgaben nachzukommen. Seit dieser Zeit wurden 9 Omnibusse neu angekauft. Die Linie Tabor und Ennsleite kam am 1. 4. 1965 zur Einführung. Durch Rationalisierungsmaßnahmen war es möglich, die seither auf allen Gebieten eingetretenen Preis- und Kostenerhöhungen aufzufangen. So stiegen z. B. die Anschaffungskosten für einen Omnibus von S 520.000, -- auf S 683.000, --; die Reparatur-, Treibstoff- und Ersatzteilkosten erfuhren ebenso eine Erhöhung wie auch die Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden mußten. Von besonderer Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes war der Einbau von bewährten 6-Zylinder-Steyr-Dieselmotoren, die in der Regel 400.000 Kilometer ohne Generalreparatur im Kurzstreckenverkehr verwendet werden konnten. Diese Kilometerleistung entspricht einer dauernden Verwendung durch 10 Betriebsjahre.

In der weiteren Folge leistete die Stadtgemeinde Steyr durch Beistellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen in Höhe von S 2,490.000, -- einen entscheidenden Beitrag für die finanzielle Sanierung des Fahrbetriebes. Nur dadurch war es möglich, durch die Bildung von Erneuerungsrücklagen, durch Abschreibungen und sonstige finanzielle Dispositionen, die nötigen Mittel für einen ordnungsgemäßen und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb nach den Grundsätzen der öffentlichen Gemeinwirtschaft zu beschaffen. Nunmehr ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, von dem an trotz Rationalisierung des Betriebes, trotz Verminderung der Abschreibungen und trotz Gewährung der verlorenen Zuschüsse durch die Stadtgemeinde Steyr, eine verantwortungsbewusste Betriebsführung ohne defizitäre Gebarung nicht mehr möglich ist. Es würde daher eine Täuschung der Be-

völkerung darstellen, auf Kosten der Substanz, mit Hilfe von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln der Stadtgemeinde Steyr, den Betrieb weiterzuführen. Die Verluste würden ein immer größeres Ausmaß annehmen und die gewünschte Erweiterung und Verstärkung des innerstädtischen Verkehrs entsprechend der weiteren Entwicklung unserer Stadt unmöglich werden.

Selbstverständlich wurde bei der Neuregelung der Preise nicht über das Ausmaß der anderen Erhöhungen oder der Tarife sonstiger öffentlicher Verkehrsbetriebe hinausgegangen. Der Grundsatz der Gemeinnützigkeit wird unter allen Umständen eingehalten; dabei wurde der Vereinfachung der Tarife im Interesse eines rationellen Betriebes oftmals der Vorrang gegenüber einer vertretbaren Erhöhung eingeräumt. So kann der vorliegende Vorschlag als Ergebnis einer unbedingt notwendigen Regulierung und als Voraussetzung für eine Vereinfachung der Tarife im Zuge der Umstellung auf "Ein-Mann-Betrieb" im Linienverkehr angesehen werden. Es wurde dabei im besonderen Maße Rücksicht auf die arbeitenden Teile der Bevölkerung und auf die Jugend genommen. Wie immer sind die Dauerkartenbenützer bei der Tarifgestaltung bevorzugt worden. Verglichen mit anderen Preiserhöhungen seit 1957 sind die neu vorgeschlagenen Tarife als weit unter dem Durchschnitt liegend zu bezeichnen.

Zur Information sollen auch noch kurz die in Zukunft eintretenden Mehrkosten auszugsweise dargestellt werden. Sie betragen für die Anschaffung eines Omnibusses rund S 165.000,--, für die erhöhten Treibstoffkosten ca. S 30.000,--, auf dem Personalsektor S 190.000,-- und für die Stadtgemeinde Steyr durch den Verzicht auf Kapitalverzinsung S 100.000,--. Dies ist jedoch nur eine überschlägige Berechnung für das nächste Betriebsjahr.

Auf Grund eingehender Vorbe-

ratung sah sich daher der Finanz- und Rechtsausschuß veranlaßt, nachstehenden Antrag zu stellen:

6) ÖAG-3532/66

Städt. Untern.

Erhöhung der Tarife der städtischen Verkehrsbetriebe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Tarife für die Städtischen Verkehrsbetriebe im Ortslinienverkehr werden ab 1. Juli 1966 wie folgt festgelegt:

- | | |
|---|---------|
| I. Einzelfahrscheine für Erwachsene, Einheitspreis für alle Teilstrecken | S 2,-- |
| II. Einzelfahrscheine für Kinder von 4 bis 14 Jahren und Schüler, Einheitspreis für alle Teilstrecken | S -,80 |
| III. 10 - Fahrten - Scheine: | |
| Erwachsene | S 18,-- |
| Kinder und Schüler | S 6,-- |
| IV. Monatskarten für alle Teilstrecken: | |
| a) Für Lohn- und Gehaltsempfänger: | |
| 1/2 Monatskarte | S 25,-- |
| ganze Monatskarte | S 45,-- |
| b) Für Kinder von 4 bis 14 Jahren und Schüler: | |
| 1/2 Monatskarte für 26 Fahrten | S 15,-- |
| ganze Monatskarte für 52 Fahrten | S 30,-- |
| V. Reisegepäck und Tiere: | |
| Reisegepäck | S 2,-- |
| Tiere | S 1,-- |

Bitte überlegen Sie, was ich gesagt habe. Ich würde es herzlich willkommen heißen, wenn seit 1957 nie in irgend einer Form Preiserhöhungen eingetreten wären und ich diesen Antrag nicht hätte stellen müssen. Sie haben nun gehört, was uns eigentlich veranlaßt hat, diesen Antrag vorzubringen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Dieser Antrag steht zur Diskussion.

Herr Gemeinderat Watzenböck bitte!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Meine Fraktion hat der Erhöhung des Wasserpreises auch im Finanz- und Rechtsausschuß zugestimmt. Der zweite Antrag, der in ähnliche Richtung geht, ist aber doch anders. Beim Wasserpreis handelt es sich um eine Belastung, die die gesamte Bevölkerung gleichmäßig trifft und zwar alle Schichten der Bevölkerung. Außerdem haben wir im Finanz- und Rechtsausschuß mit der Begründung zugestimmt, daß die Ausbaunotwendigkeiten tatsächlich gegeben sind, vor allem durch die Erweiterungen der Siedlungen und daß der Mehrbetrag geringfügig ist, der durch diesen Antrag zustandekommt. In Bezug auf die städtischen Verkehrsbetriebe wäre einiges zu erwägen. Zum ersten ist die Begründung in gewisser Hinsicht verständlich, in einigen Punkten aber nicht ganz zutreffend. Wenn man sagt, der Preis ist seit Beginn des Jahres 1958 gleich geblieben, also nicht erhöht worden, so muß aber auch betont werden, daß seither die Frequenz wesentlich gestiegen ist, oder täusche ich mich da. Weiters wurde, besonders im Finanz- und Rechtsausschuß, der Vergleich zwischen den Städten Linz und Steyr gezogen. Hier hinkt doch der Vergleich, denn die Strecken sind dort doch wesentlich anders als hier. Abgesehen davon, handelt es sich dabei um ein Massenverkehrsmittel und vor allem um ein Verkehrsmittel, das vorwiegend von alten Menschen, zweitens von Kindern - in sehr großem Maße - und drittens von Menschen, die über kein eigenes Fahrzeug verfügen, benützt

wird. In die Erwägungen, die hinter dem Antrag stehen, mußte bestimmt auch das Kapitel Mineralölpreiserhöhung irgendwie einkalkuliert werden. Sie sehen auch, daß durch diesen Punkt wiederum genau die Leute getroffen werden, die über gar kein Auto verfügen. Ich betone, daß es ein gemeinnütziges Unternehmen ist und auch ein solches bleiben soll, vor allem aber ein Massenverkehrsmittel. Es wird nie möglich sein, solche Verkehrsmittelunternehmungen völlig kostendeckend zu führen. Da müßten die Preise schon wesentlich anders angezogen werden. Es darf auch darauf verwiesen werden, daß gerade die Mehrheitsfraktion hier und die Mehrheitsfraktion im Parlament, in der Regierung bzw. in der Koalition, wesentlich dazu beigetragen haben, daß die österr. Bundesbahnen ein Tarifsystem haben, in dem sich kaum jemand zurechtfindet. Jeder Briefmarkenverein hat eine Sonderbegünstigung, Normalzahler gibt es fast gar nicht mehr. Warum? Wahrscheinlich aus den gleichen Erwägungen heraus, die ich hier angeschnitten habe. Wir sind daher der Auffassung, daß dieses Verkehrsmittel ein Massenverkehrsmittel bleiben soll, ein billiges Verkehrsmittel und wenn es billig bleibt, wird es auch entsprechend benützt werden.

Ich kann also im Namen meiner Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Kollege Schmidberger bitte!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Antrag, der uns hier zur Abstimmung vorgelegt wird, betrifft tatsächlich nur die arbeitende Bevölkerung und deren Angehörige, also die ärmsten Schichten unserer Stadt, zum Unterschied zum Antrag vorher,

dessen Begründung man noch stattgeben konnte. Es ist notwendig, daß die Reinhaltung des Wassers und der weitere Ausbau gewährleistet werden, da ist also die Notwendigkeit gegeben. Dagegen trifft man bei den Verkehrsmitteln tatsächlich nur die ärmsten Schichten unserer Stadt. Es gibt doch auch international gesehen Städte zum Vergleich, die sehr billige Tarife haben, die auch nicht gewinnbringend und auch nicht kostendeckend sind. Es gibt auch verschiedene Städte, für die es eine Ehre ist, die billigsten Verkehrsmittel zu haben. Ich glaube, daß wir gerade auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Verkehrsmittel, unbedingt trachten müssen, die Preise auf dem jetzigen Stand zu belassen, damit wir die Bevölkerung von Steyr nicht einseitig belasten, denn wer etwas Geld hat, hat ein eigenes Fahrzeug, der wird davon sowieso nicht betroffen. Diese Erhöhung trifft einen Teil der arbeitenden Menschen, den größten Teil der arbeitenden Menschen. Nicht nur den Arbeitenden selbst, sondern auch in gewissem Sinn seine Angehörigen.

Aus diesem Grunde kann ich diesem Antrag meine Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe schon im Finanz- und Rechtsausschuß sowohl gegen die Wasserpreiserhöhung als auch gegen die Tarifierhöhung der Autobuslinien Stellung genommen, weil ich der Meinung bin, daß in beiden Fällen im wesentlichen der ärmere Teil, der kinderreichere Teil und die Rentner, auch bei der Wassermiete, betroffen werden. Das trifft in erhöhtem Maße bei den Tarifierhöhungen der Omnibusse zu. Kollege Huemer hat hier als Referent eine sehr undankbare

Aufgabe, meiner Auffassung nach, übernommen.

Wenn wir jetzt die Gesamtsituation in Österreich ansehen, so bewegen die österreichische Öffentlichkeit, inklusive des Parlaments, im wesentlichen zwei Fragen, die sich täglich in der Presse aller Richtungen widerspiegeln, das sind die Frage der unerhörten Preiserhöhungen auf allen Gebieten und die Frage der Einreise Habsburgs. Es ist ein sehr bitterer Nachgeschmack für jeden Arbeiter, für jeden Gemeinderat - im wesentlichen sind es Arbeiter und Angestellte, die hier vertreten sind - daß wir in derselben Zeit, in der die Partei der Mehrheit im Parlament als Opposition, als Schützer der Arbeiter und Angestellten, aller Lohnempfänger, gegen die unrechtmäßigen Preiserhöhungen auftritt, in einem Gemeinderat, der sozialistische Mehrheit hat, in die Reihe der Preiserhöher eintreten. Mag die gegebene Begründung noch so sachlich lauten und zum Teil begründet erscheinen, sie ist nicht in vollem Ausmaß begründet. Kollege Watzenböck hat einiges angeführt, man könnte noch einiges dazu sagen. Wenn man die Höhe der Tarife der Verkehrsbetriebe anführt und dabei erwähnt, daß wir gegenüber anderen Städten unter dem Durchschnitt liegen, so muß ich sagen, daß es ja auch woanders wesentlich weitere Strecken sind. Mir fällt gerade eine ein, die ich schon öfter gefahren bin. Nehmen Sie den Wiener Autobus vom Praterstern bis zum Westbahnhof, da zahlen Sie S 3,50. Das ist eine schöne Strecke, das weiß jeder, der dort schon öfter gefahren ist. Es ließen sich eine Menge Beispiele anführen, die beweisen, daß die Begründung nicht vollkommen stichhaltig ist. Ich habe im Monat April in der Arbeiterkammervollversammlung, auf Grund der Erfahrungen der letzten 5 Jahre, schon darauf aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß fast regelmäßig zu Beginn der Sommermonate

die sich im Laufe der Jahre mit einer gewissen Kontinuität fortsetzenden Preiserhöhungen eine Verdichtung erfahren, die ihren Höchstausdruck immer in den Fleischpreisen gefunden haben, die jetzt einen gewissen Höhepunkt erreicht haben. Aber selbst in Fachkreisen wird gesagt, daß der Höhepunkt noch lange nicht erreicht ist, der Preisauftrieb sich also weiter entwickeln wird. Es ergibt sich daraus eine ungeheuer schwere Belastung der Lohnempfänger. Es müßte jedem Gemeinderat, der hier sitzt, und besonders jedem sozialistischen Vertrauensmann zu denken geben, daß ihre Presse, das sozialistische Tagblatt, fast täglich mit großen Lettern - berechtigt-, ich betone ausdrücklich berechtigt, schreibt, die Existenz der Rentner ist durch diese steten Preiserhöhungen gefährdet. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, müssen die Rentner mit Forderungen herantreten, um ihre Existenz zu sichern. Mit Recht wird geschrieben, ein Budget für die Großen gegen die Kleinen. Mit Recht wird angeführt, daß dieser Preisauftrieb unverantwortlich ist und daß er von der Regierung geduldet wird. Fast alle Landesexekutiven der Bundesländer, des Gewerkschaftsbundes, die Arbeiterkammer, sind in Bewegung, auf Grund der Forderungen und unter dem Druck der Arbeiter, diesen Preiserhöhungen ein Stop entgegenzusetzen. Sie sind mit ihren Landesregierungen in Kontakt getreten, um Mittel und Wege zu finden, diese Preisbewegung zu stoppen. Wir als Gemeinde treten nun in die Reihe der Preiserhöher ein und möge niemand sagen, es ist eine bescheidene Erhöhung von S 1,20 auf S 1,50 beim Wasserpreis und auch die Erhöhung der Tarife, die genannt wurden - ich habe diese Tarife nicht alle im Kopf, denn sie wurden uns ja nicht als Tabellen vorgelegt, obwohl versprochen wurde, daß wir sie zur heutigen Sitzung bekommen - sei eine Bagatelle. Sie reihen sich ein in die

große Zahl der Preiserhöhungen, die alle Lohnempfänger belasten. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Ich fühle da immer einen bitteren Geschmack, wenn ein sozialistischer Vertrauensmann - auch wenn er als Referent gezwungen ist, darüber zu referieren - noch dazu die Lohnerhöhungen mit anführt. Wir alle wissen als Gewerkschafter - es sind hier sehr viele Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte - daß fast jede Lohnerhöhung nach Preiserhöhungen erst erkämpft werden mußte und daß es oft sehr schwere Kämpfe gegeben hat und daß es in Österreich noch lange keine echten Löhne gibt, die wirklich eine echte Steigerung des Lebensstandards beinhalten würden. Die Statistiken des Gewerkschaftsbundes, der Kammer und die internationalen Statistiken beweisen, daß die Löhne der österreichischen Arbeiter gegenüber den westlichen Ländern weit im Rückstand sind. Wir können noch lange nicht sagen, daß wir über ein Einkommen verfügen, das leicht diese Erhöhungen mit einkalkulieren könnte. Ich möchte also doch der Gemeinderatsmehrheit zu bedenken geben, sich diese Tarifierhöhungen noch einmal gründlich zu überlegen. Es ist ja nicht so, daß die Gemeinde finanziell zugrunde gehen würde, wenn sie so wie bisher einen Teil der Unternehmungen subventioniert. Man hat mir bei anderen Gelegenheiten entgegengehalten, als ich einmal von den notleidenden Gemeinden sprach - im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich - daß man in Steyr doch nicht von einer armen Gemeinde reden kann. Steyr ist eine reiche Gemeinde. Ich glaube, irgendwie müßte diese reiche Gemeinde Steyr zeigen, daß sie sich sozusagen gerade in der höchsten Notzeit, wo sich ihre eigene Partei mit allen Mitteln dagegen wehrt, wo sie ihre Organisationen mobilisiert und wo selbst aus den Betrieben Proteste gegen die Preiserhöhungen und gegen Habsburg kommen, nicht dazu herbeiläßt, ihren Gemein-

debewohnern Preiserhöhungen zuzumuten. Ich meine, wenn eine Gemeinde reich ist, dann muß sie gerade auf verschiedenen sozialen Gebieten diesen Reichtum zum Ausdruck bringen, indem sie nicht die Bevölkerung durch höhere Abgaben belastet. Die Aufgabe eines Kommunalbetriebes ist es doch nicht, gewinnbringend zu sein. Er muß nicht einmal unbedingt kostendeckend sein, weil durch Steuermehreinnahmen doch noch eine Deckung gefunden werden kann. Wir wissen das aus dem letzten Budget heraus, daß sich Steyr gut steht, das ist unser aller Stolz und grundsätzlich haben wir ja immer alle dem Budget zugestimmt, das heißt dieser Finanzpolitik zugestimmt, aber wir sind absolut nicht in der Lage, jetzt Tarifierhöhungen und Wasserpreiserhöhungen zuzustimmen. Auf allen Plakatwänden kann man die Plakate sehen, die mit Recht behaupten, daß das Geschenk der Alleinregierung, die Rechnung der Alleinregierung der ÖVP diese Preiserhöhungen - Benzinpreiserhöhung, Heizölerhöhung, Bahntarifierhöhung - sind. Es wird noch eine Reihe dieser Erhöhungen folgen, obwohl der Herr Klaus anlässlich des Antrittes seines Kanzleramtes und der Regierungserklärung gesagt hat, sie werden eine Politik für alle Österreicher machen. Bisher ist festzustellen, daß diese Alleinregierung eine Politik für das Kapital macht und daß Erhöhungen dort, wo sie vorgenommen werden sollen, nicht durchgeführt werden. Ich möchte nur einige dieser berechtigten Forderungen der Arbeiter, wo eine Erhöhung vorgenommen werden soll, anführen. Es ist keine Änderung bisher im Programm des Finanzministers, keine Änderung in der Steuerprogression eingetreten. Es ist keine Erhöhung des Werbekostenpauschales, es ist keine Erhöhung des Kraftfahrzeugpauschales und auch noch keine Senkung der Lohnsteuerprogression eingetreten. Ich habe damals die Resolution in der Kammer bekräftelt,

weil sie wohl mit Recht eine Senkung der Lohnsteuer fordert, aber keine Terminisierung gesetzt hat. Wir sehen es heute aus dem Gegenvorschlag des Finanzministers, daß er die sehr bescheidene Lohnsteuerreform erst ab 1. Jänner 1967 durchführen will. Ohne Zweifel sind das Geschenke der Alleinregierung, die ihr Versprechen, das sie bei Antritt der Regierung gegeben hat, gebrochen hat, die also wirklich nicht im Interesse der arbeitenden Menschen regiert und Gesetze beschließt, gleichzeitig aber, das habe ich vorher mit Recht und Überlegung gesagt, Geschenke dem Kapital macht. Die sogenannten Wachstumsgesetze, die rasch beschlossen werden sollen und die angeblich Österreichs Gewerbe und Industrie fördern, wären ein Geschenk von mindestens - ich spreche jetzt von ihrer eigenen Presse, auch von der sozialistischen Presse - 1,7 Milliarden an das Kapital, an die Besitzenden. Kein Entgegenkommen wird gegenüber dem arbeitenden Menschen gezeigt. Vielleicht wird jetzt einer der Kollegen auftreten und sagen, der Finanzminister hat ja auch gewisse Erhöhungen bei der Kinderbeihilfe usw. vorgesehen, die in der nächsten Zeit eintreten sollen. Das ist eine Minderheit, das trifft lange nicht die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft. Aber die Milliarden Geschenke, die für die Unternehmer gegeben werden, die verwendet für eine Lohnsteuerregelung und für alle Wünsche, die die Arbeiterschaft berechtigt vorbringt, das wäre ein gewisser Ausgleich. In den letzten Wochen ist eine Meldung durch die Presse gegangen, die jedem denkenden Menschen und besonders jedem denkenden Arbeiter und Angestellten sagen mußte, wofür hält die Regierung, wofür halten die Abgeordneten eigentlich das Volk? Da wurde geschrieben, daß der Herr Schmitz auch die Gehälter, die Gebühren der Abgeordneten, der Politiker usw. besteuern wird, er spricht von einer

Steuergerechtigkeit. Wenn das wirklich geschehen wäre oder geschehen würde, so findet das bei allen einen gewissen Beifall, denn jeder hat das immer als ein Unrecht empfunden, daß die Abgeordneten, die Minister usw. ihre Bezüge steuerfrei haben, da ihnen auch sonst Fahrbegünstigungen, Freifahrten usw. als Volksvertreter zustehen. Wenn dann aber gleichzeitig gesagt wird, daß diese Besteuerung, die jetzt eintreten soll, durch Erhöhung von Gebühren für die Herren wieder wettgemacht werden soll, dann fragt sich jeder, was die für ein Theater aufführen. Die Menschen sind doch als Volksvertreter nicht mehr ernst zu nehmen. In der vergangenen Woche wurde im Linzer Gemeinderat, auf Grund des neuen Gemeindestatutes beschlossen, die Gebühren für die Stadtväter voll auszunützen, so wie es im Gemeindestatut vorgesehen ist und wir seinerzeit darüber diskutiert haben.

In derselben Gemeinderatssitzung wurde darauf hingewiesen, daß die Errechnung der Abgaben auf verschiedenen Gebieten ergeben hat, daß sie gegenüber 1963 zurückgegangen sind und man das jetzt überprüfen muß. Das heißt nichts anderes, als daß man auch in Linz verschiedene Gebühren erhöhen wird. Was ruft das für einen Eindruck bei der Bevölkerung hervor und was muß sich da jeder denkende Arbeiter sagen? Zuerst beschließt man die Erhöhung der Gebühren der Mandatäre, damit sie ja gesichert sind, damit ihnen ein erhöhtes Einkommen gesichert ist und damit sie bei kommenden Preiserhöhungen schadlos gehalten sind - und das in sehr reichlichem Ausmaß - während man gleichzeitig Erhöhungen ankündigt. So zerstört man meiner Auffassung nach den Glauben an die Demokratie. Wenn man so weiter wirtschaftet, so wird man den Glauben an die Mandatäre, an ihren echten, rechten Willen, die Interes-

sen der Bevölkerung zu vertreten, verlieren. Ich möchte das immer wieder sehr eindringlich gerade den sozialistischen Vertrauensmännern vor Augen halten und ich sage es ganz offen auch den Vertrauensmännern des österr. Arbeiter- und Angestelltenbundes, denn sie vertreten heute, weiß ich, 200- oder 300-tausend arbeitende Menschen und sind genauso verantwortlich für das Wohl und Wehe dieser Menschen in Österreich.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
FRANZ FRÜHAUF:

Fahren wir nach Prag!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Wir leben in Österreich und ich spreche auch von Österreich! Du und ich, wir haben keinen Einfluß in Prag, aber wir können Einfluß nehmen in den Organisationen, in denen wir in Österreich wirken. Da glaube ich auch, daß es eure Pflicht ist, mit den Arbeitervertretern gegen Maßnahmen auch eurer Regierung aufzutreten, die die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen gefährden. Ich bin also der Meinung, daß man dieser Tarifierhöhung heute nicht zustimmen kann. Ich gebe der Mehrheit zu überlegen, aus den angeführten Gründen die Sache eventuell doch zurückzustellen und einer neuerlichen Überprüfung zuzuführen.

Wenn ich vorhin erwähnt habe, daß es zwei Fragen sind, die heute die Öffentlichkeit in Österreich bewegen, nämlich Preiserhöhung und Habsburg, so möchte ich dazu noch folgendes sagen ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
FRANZ FRÜHAUF:

Das steht nicht auf der Tagesordnung!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Daß Du, Kollege Frühauf, zwei Seelen in der Brust hast, das wun-

dert mich, denn ich habe in der Steyrer Zeitung gelesen, wenn der Bericht der Wahrheit entspricht ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
FRANZ FRÜHAUF:

Wir sind keine Kommunisten!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Du hast in der Frage Habsburg doch angeblich sehr energische Anfragen gestellt, Du hast gesagt, man könnte das - wenn das so wäre, wie man spricht - gegenüber der Arbeiterschaft nicht verantworten. Die Frage Habsburg ist auch eine Frage der Gemeinden, dessen muß man sich bewußt sein ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
FRANZ FRÜHAUF:

Steht nicht auf der Tagesordnung!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

... und die Einreise Habsburgs wird bestimmt, so wie die Preiserhöhungen, die absolute Ablehnung der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Österreichs treffen, weil im Zusammenhang damit nicht nur die Frage der Monarchie, der ganzen monarchistischen Bewegung, sondern auch die Frage des Vermögens aufgerollt wird.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
FRANZ FRÜHAUF:

Du hältst hier eine politische Rede, da werden wir um 8 Uhr noch hier sitzen!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich stelle fest, daß der Gemeinderat auf Grund von politischen Wahlen zusammengesetzt und daß er als eine politische Körperschaft bestellt ist, in der man selbstverständlich politische Reden halten kann und manchmal halten muß.

Ich bin also der Meinung und erwarte heute vom Gemeinderat, daß ge-

rade von der Mehrheit - so wie das in verschiedenen Gemeinderäten geschehen ist - eine Protestentschließung an die Regierung bezüglich der Einreise Habsburgs abgesandt wird. Einzelne lachen darüber, aber ich bin der Auffassung, daß jeder wirkliche Republikaner und Demokrat so einem Protest zustimmen müßte. Es gibt in den Reihen der ÖVP - ich lese die Presse sehr aufmerksam - einzelne Abgeordnete, die sich oftmals als Republikaner bekannt haben ...

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

... dann können Sie ja so einer Entschließung zustimmen. Wenn das der Fall ist, dann brauchen Sie ja hier keinen Widerspruch zum Ausdruck bringen, dann befinden wir uns ja auf einer Linie. Deshalb glauben wir, daß - wo jetzt ein Stop der Preiserhöhungen notwendig ist - es gerade für Sozialisten und Vertreter von Arbeitern, auch des österr. Arbeiter- und Angestelltenbundes, nicht tragbar ist, daß sie Tariferhöhungen zustimmen. So ist es auch nicht tragbar, daß wir als Republikaner und Demokraten einer Einreise Habsburgs zustimmen.

Ich lehne deshalb beide Anträge auf Preiserhöhungen ab, sowohl die Wasserpreiserhöhung als auch die Tariferhöhung.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Noch eine weitere Wortmeldung!

Kollege Schanovsky bitte!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Werter Gemeinderat!

Sie haben ja zur Tariferhöhung

der Städtischen Verkehrsbetriebe wirklich ausführliche Argumentationen von verschiedenen Referenten gehört. Ich brauche Sie nicht zu wiederholen. Sie waren immer für die Finanzpolitik, die bisher in dieser Gemeinde gemacht wurde und diese Regelung ist auch ein kleines Stück der Finanzpolitik und deshalb hat sich die sozialistische Partei dafür ausgesprochen, diese Tarifierhöhungen durchzuführen. Es ist kein gewinnbringendes Unternehmen, sondern die Städtischen Unternehmungen haben alle Jahre schwere Sorgen, ihre Bilanz auszugleichen. Ich glaube, daß Sie, wenn Sie dieser Regelung zustimmen, wieder die Möglichkeit geben, eine ausgeglichene Bilanz zu gewährleisten. Ich bitte Sie, dafür Verständnis zu haben, daß wir diese Regelung durchführen müssen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Keine weitere Wortmeldung mehr?

Kollege Schachinger bitte!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Ich möchte am Anfang meiner Ausführungen das Sprichwort sagen: "Wenn zwei das gleiche tun, ist es nicht dasselbe." Kollege Moser hat ja bereits davon gesprochen, daß im Parlament vor einiger Zeit große Auseinandersetzungen waren, als sich die Bundesregierung verpflichtet hat, auch Tarifänderungen durchzuführen. Wir werden ja in unserer Stadt auf Schritt und Tritt daran erinnert, denn wir sehen die Plakate, auf denen sozusagen der Bundesregierung eine Rechnung gestellt wird, daß ihre erste Tat Tarifierhöhungen waren. Ich möchte gleich vorausschicken, daß wir nicht die Absicht haben, das zu kopieren. Der Herr Vizebürgermeister hat uns als Finanzreferent bereits gesagt, daß die finanzielle Lage, daß die ganze Finanzpolitik, die die Gemeinde Steyr schon seit Jahren betreibt, eine

vollkommen gesunde ist und daß die Entwicklung der Einnahmen der Stadt doch auch dahin gehen muß, auf die Ausgaben Rücksicht zu nehmen. Wir haben vor kurzem gelesen, daß die Stadt Linz heute bereits einen Schuldenstand von S 3.100, -- pro Kopf der Bevölkerung hat, das sind ca. S 700 Millionen. Auf die Stadt Steyr gerechnet, würden das rund S 170 Millionen bedeuten. Wir sind in der glücklichen Lage, diesen Schuldenstand nicht aufzuweisen. Wir haben aber in der letzten Budgetsitzung gesehen, daß die Entwicklung der Einnahmen nicht in dem Maße fortschreitet, wie es erwünscht ist.

Der nächste Tagesordnungspunkt, den uns Herr Kollege Huemer vorliest, beinhaltet die Bilanz der Städtischen Verkehrsbetriebe. Meine Damen und Herren, es ist ganz richtig, ein Kommunalbetrieb hat nicht die Aufgabe, einen großen Gewinn abzuwerfen, vielleicht auch nicht immer kostendeckend zu sein. Ich bin aber überzeugt davon, daß gerade bei den Verkehrsbetrieben und auch beim Wasser diese Erhöhungen den Aufgaben, die wir in der Zukunft zu erfüllen haben, finanziell nicht ganz gerecht werden können. Wir werden von der Stadt diese Betriebe ja weiterhin finanzieren müssen. Es sind aber nicht die einzigen defizitären Betriebe, die wir haben. Wir leisten Zuschüsse für das Stadtbad, für das Theater, für die Zentralbücherei usw.

Ein altes Sprichwort heißt: "Mit einer Kuh kann man nicht beides zugleich machen, man kann sie nicht schlachten und gleichzeitig melken." Damit vergleiche ich unsere Verkehrsbetriebe und unsere ganze Finanzgebarung. Wenn wir die Kuh am Leben erhalten wollen, müssen wir sie auch füttern und das können wir nur, wenn wir ihr von Zeit zu Zeit entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Ich weiß, es ist sehr unpopulär für eine Tarifierhöhung zu

sprechen. Wenn wir aber in der Welt herumschauen, so sehen wir, daß es nicht nur in Österreich so ist und daß es nicht nur die Regierung in Wien ist, die zu solchen Maßnahmen gezwungen ist. Sehen wir doch, welche Schwierigkeiten Wilson in der Labour-Regierung hat, welche großen Opfer er dem englischen Volke auferlegen muß. Wir sehen das im sozialistisch geführten Schweden, wo große Erhöhungen erfolgen. Wir können eine Entwicklung die entsteht in dem kleinen Österreich nicht einfach negieren. Dies ist eine Entwicklung der Erhöhung, sie ist eine Entwicklung der Konjunktur. Der Wasserpreis ist bestimmt ebenfalls auf Grund dieser Entwicklung neu bestimmt worden. Es trifft, das stimmt, die kleinen Kreise, die die Städtischen Verkehrsbetriebe benutzen müssen. Sie sind nicht in der glücklichen Lage, ihre Abfahrts- und Ankunftszeiten, so wie ein Autofahrer, nach eigenem Belieben einzurichten. Sie sind oft gezwungen, sich in einen überfüllten Omnibus hineinpresse zu lassen und das sind Argumente, die wir tatsächlich alle berücksichtigen müssen. Aber meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben hier eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Wir haben es bei der Erhöhung des Benzinpreises erlebt, daß trotz großer Gegenpropaganda die Bevölkerung diese Erhöhung auf sich genommen hat. Wenn das englische Volk noch viel schwierigere Probleme auf sich nimmt, so bin ich überzeugt, daß auch unsere Bevölkerung heute so weit ist. Wenn wir sie entsprechend aufklären, wird sie auch Verständnis dafür haben, daß wir diese Tariferhöhungen durchführen müssen, denn sie sind vom rein ökonomischen und wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet unbedingt notwendig. Es wäre sehr einfach, wenn auch wir als die Fraktion der Österreichischen Volkspartei aus rein optischen Gründen, beifallsheischend, unser "Nein" sagen würden. Ich möchte aber sagen, daß wir ver-

antwortungsbewußte Mandatare unserer Stadt sind. Wir können dieser Entwicklung nicht einfach zusehen, wenn wir dadurch späterhin unsere Gemeinde in irgendwelche Schwierigkeiten bringen würden. Aus diesem Grund, aus unserem Verantwortungsgefühl und um nicht Opposition um jeden Preis zu machen, stimmen wir dem Vorschlag zu.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Es ist keine Wortmeldung mehr erwünscht!

Kollege Huemer vielleicht darf ich Sie um Ihr Schlußwort bitten.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Ich möchte dem verehrlichen Gemeinderat danken, daß er seine Meinung zum Ausdruck gebracht hat. Das ist sein Recht und seine Pflicht.

Kollege Watzenböck hat, obwohl er Geschäftsmann ist, allzu einfach argumentiert. Ich darf ihm mitteilen, daß 1957 die Zahl der Fahrgäste 2,361.935 war und wir 1965 2,278.032 Fahrgäste gezählt haben, obwohl - das darf ich noch hinzufügen - am 1. 4. 1965 die Linie Tabor eingerichtet worden ist und hier 157.357 Personen befördert wurden. Wenn Sie nun diese 157.357 von den 2.278.032 wegzählen, so wird mir auch Kollege Watzenböck zugestehen müssen, daß der Umfang bei der Beförderung nicht zu-, sondern abgenommen hat, weil der Trend nach der Motorisierung ein altbekannter und eben ein vorhandener ist. Ich wollte das nur grundsätzlich richtiggestellt haben. Ich würde mir vielleicht nicht mehr das Wort erlauben, wenn die Möglichkeit wäre einzuhaken bzw. zu kritisieren, daß wir bei den Städtischen Verkehrsbetrieben einen aufgeblähten Apparat hätten. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir 1957 27 Bedienstete gehabt haben und jetzt, obwohl zwei neue Verkehrslinien - Tabor, Ennsleite - installiert wurden, nur 28 Personen beschäftigen, weil wir in der

Zwischenzeit zwei ausgeschiedene Bedienstete nicht mehr durch andere Kräfte ersetzt haben. Diese zwei Posten sind allen zugute gekommen und Sie können mir glauben, daß den Angestellten und den Mitarbeitern bei der Rationalisierung ohne Zweifel auch Gedanken der betriebswirtschaftlichen Überlegung zugrunde liegen. Nehmen Sie also hin, Kollege Watzenböck, daß ein Betrieb, der neue Linien einrichtet, der neue Omnibusse einstellt, daß der mit weniger Personal auskommt, als etwa vor 10 Jahren. Das wollte ich nur hinzugefügt haben.

Kollege Moser hat hier Kritik geübt und hat erklärt, man sollte über die Personalkosten nicht so sehr reden. Ein Wort hat er aber klassisch herausgesagt und das möchte ich auch vor dem Gemeinderat noch einmal wiederholen. Den Lohn- und Gehaltserhöhungen gehen Preiserhöhungen voraus. Ich bin in der glücklichen Lage, ohne besonders groß zu tun, daß der Städtische Verkehrsbetrieb seit 1957 alle Erhöhungen auf dem Gebiete des Personalsektors aufgenommen hat ohne eine Preiserhöhung! Das glaube ich, ist ein ganz besonderer Beweis

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Kollege Huemer, darf ich ganz kurz einen Zwischenruf machen. Diese Preiserhöhungen, die ich gemeint habe, sind ja allgemeiner Natur!

STADTRAT ALOIS HUEMER

Ich weiß schon, aber, Kollege Moser, wir haben ja auch nichts anderes als einen Betrieb der wirtschaften muß. Uns fehlen ja die Einnahmen, wenn sie uns nicht durch die Fahrgäste zur Verfügung gestellt werden. Ich darf sagen, wenn im Jahre 1957 das Personaletat S 1,100.000,-- war und jetzt S 1,897.000,--, so sind doch immerhin außerordentliche Maßnahmen not-

wendig gewesen, um diese Erhöhungen aufzufangen und sie nicht in Preis- bzw. Tarifierhöhungen umzuändern. Das bitte ich, Kollege Watzenböck, der ja selbst einen Betrieb führt, besonders zu beachten, ob er imstande ist, unter solchen Umständen einen Betrieb ohne eine Preiserhöhung zu führen. Aber noch etwas muß ich Ihnen sagen, wir haben von der Gemeinde 1955 und in den nachfolgenden Jahren, weil eben die Substanz nicht mehr vorhanden war, 5 Omnibusse bekommen mit einem Aufwand von S 2,490.000,--. Das waren 5 Omnibusse. Wir können nun aus diesen Rücklagen und diesen Ausschreibungen mit rund 2,5 Millionen Schilling jetzt nur mehr 3 1/2 Omnibusse kaufen. Das bitte ich auch zu überdenken und zu überlegen.

Ich darf Ihnen ankündigen, daß die Linien ab 1. Juli bedeutend verstärkt werden. Ich habe mir die kommende Amtszeitung schon genommen und bin in der Lage Ihnen mitzuteilen, daß zum Beispiel die Linie Ennsleite, die bisher 12 Turnusse hatte, auf 19 Turnusse erweitert wird, die Linie ab Stadtplatz wird ebenfalls von 12 auf 19 Turnusse erweitert, die Linie Tabor auf 18 statt bisher 12. Auch ab Stadtplatz - Tabor tritt eine Erhöhung von 12 auf 18 Turnusse ein. Wichtig war es auch, das Gebiet Krankenhaus in die Verbesserung einzuschließen und die Kurse zu verstärken. Bisher war die Mayrpetersiedlung mit höchstens 3 - 5 Kursen bedacht. Ab 1. Juli werden es 10 - 11 sein, das gleiche gilt vom Krankenhaus. Ich habe auch seinerzeit schon zugesagt, daß wir, wenn es die Autobusanzahl erlaubt, auch die Waldrandsiedlung befahren werden. Jetzt ist es soweit, wir haben einen neuen Autobus, der bereits auf einer Strecke fährt, und wir werden ab 2. Juli an Samstagen und an Donnerstagen Turnusse in die Waldrandsiedlung hinaufführen. Auch das ist noch eine Erweiterung unserer Linien. Bedenken Sie eines, die-

se Omnibusse, die wir jetzt anschaffen, bzw. auch bereits ein Steyr-4-Zylinder, der schon bei uns in Verwendung steht, werden nur mehr als 1-Mann-Omnibusse verwendet. Wir gehen ununterbrochen einen Schritt weiter und wir müssen hier auch wirtschaftliche und organisatorische Überlegungen anstellen, die sich betriebswirtschaftlich günstig auswirken. Bedenken Sie, das sei mein Schlußgedanke, daß wir kein Personal zusätzlich eingestellt haben, obwohl die Belastung der Leute in der Garage sehr groß ist, da sie jetzt ganz andere Aufgaben zu erfüllen haben, z. B. die Reinigung der Omnibusse und die Putzarbeiten, die wir auch bei Nacht durchführen müssen, weil ja am nächsten Tag der Omnibus wieder gereinigt hinausfahren soll. Die Leute vollbringen da ganz große Leistungen. Ich habe grundsätzlich davon Abstand genommen, besondere Ausführungen zu machen, da das in diesem Rahmen zu keiner objektiven Überlegung führt. Es soll Ihnen, als den verantwortlichen Funktionären der Stadtgemeinde Steyr, rein sachlich vorgetragen werden, was uns hier die Entwicklung anzeigt. Bedenken Sie eines, man hat hier erklärt, die Gemeinde soll die Abgänge bezahlen. Wenn Sie - das sage ich ganz offen - in der nächsten Zeit die Taborschule, die Ennsleitenschule, die Frauenberufsschule, den Sammler F, die Wohnhausbauten, eventuell die Projektierung der sogenannten Umfahrungsstraße und die Hubergutstraße finanziell bewältigen wollen, so werden Ihnen allerlei Summen vom Finanzreferenten vorgelegt werden. Wenn Sie dann außerdem durch Bargeldmaßnahmen noch den Verkehrsbetrieb unterstützen sollen, dann wird auch das Gemeinwesen Steyr einige Aufgaben nicht mehr erfüllen können, denn ich glaube, daß wir den Verkehr nicht einstellen können, er müßte sogar vorrangig mit Mitteln bedacht werden.

Ich bitte also, überlegen Sie sich

das, ob nicht der Antrag, der gestellt worden ist, doch sachlich gerechtfertigt ist. Zum Schluß darf ich Ihnen sagen, wenn auch Kollege Moser erklärt, daß man in Linz um einen geringen Betrag alle Strecken befahren kann, so ist das richtig, aber das entscheidende ist, Kollege Moser, daß auch der Mindesttarif in Linz S 2, -- ist. Das ist entscheidend, wie weit ich mit diesen S 2, -- fahren kann, das ist eine andere Sache.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das ist sehr entscheidend!

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Man kann auch in Steyr um diese S 2, -- die ganze Strecke befahren. Übrigens hat die Bundesbahn 1960 die Tarife auf den Stand den sie jetzt haben erhöht und nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß die Bundesbahn für das Kind S 1, -- verlangt und daß in Linz der Mindesttarif für ein Kind S 1, 30 ist und daß die Gemeinde Graz ab 1. Juli 1967 ebenfalls die Erhöhung der Mindeststrecke auf S 3, -- vorsieht und des Normalfahr Scheines von S 3, -- auf S 4, --. Der Kinderfahr Schein kostet auch dort S 1, --. Überlegen Sie das, daß Post und Eisenbahn bereits 1960 eine Erhöhung auf den Stand des Ihnen vorliegenden Antrages durchgeführt haben und daß die ESG Linz ganz andere Tarife hat als wir in Steyr. Der Mindestbetrag für eine Monatskarte ist dort S 75, --. Damit kann man fahren wohin man will, das kann man aber auch bei uns mit S 45, --. Auch das möchte ich zu überlegen geben. Ich darf Sie ersuchen, daß Sie dem Antrag deshalb die Zustimmung geben sollen, weil er aus der nackten Tatsache und sozusagen aus den gegebenen Verhältnissen heraus gestellt worden ist.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Ich darf die Diskussion

als erschöpft betrachten.

Wir kommen zur Abstimmung. Darf ich jene Mitglieder des Gemeinderates um ein Zeichen mit der Hand bitten, die sich für den vom Referenten vorgebrachten Antrag entschließen? Danke. Ich bitte um die Gegenprobe? Danke.

Damit ist der Antrag des Berichterstatters angenommen. (5 Gegenstimmen - FPÖ-, KPÖ-Fraktion).

Ich bitte den Berichterstatter, den nächsten Punkt zum Vortrag zu bringen.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Darf ich Ihnen nun einen Beschluß des Finanz- und Rechtsausschusses bzw. des Stadtsenates vorlesen.

7) ÖAG-2104/66

Städt. Untern.

Genehmigung der Jahresbilanz
1965 der Städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Jahresbilanz 1965 der Städtischen Unternehmungen wird zur Kenntnis genommen.

Ich darf Ihnen sagen, daß die Bilanzsumme von S 62,600.000,-- auf, ich runde ab, S 65,000.000,-- angewachsen ist. Das bedeutet eine Vergrößerung des Bilanzvolumens um S 2,474.000,--. Trotz dieser Betriebsausweitung, die hauptsächlich im Anlagevermögen des Wasserwerkes sichtbar wird, hat sich die Liquidität der Städtischen Unternehmungen weiter verringert. Der Investitionsbedarf des Wasserwerkes ist auch weiterhin erheblich, kann aber nur innerhalb der betrieblichen Leistungsgrenzen befriedigt werden. Nach der Erweiterung des Bilanzvolumens zeigt auch der Erlös insbesondere bei den größeren Betriebszweigen eine steigende Tendenz. Beim Verkehrsbetrieb eine Steigerung von S 2,800.000,- auf S 3,100.000,--, beim Reklame-

büro eine Abnahme von S 71.000,-- auf S 58.000,--, bei der Bestattungsanstalt von S 663.000,-- auf S 651.000,--, um S 12.000,-- weniger, beim Krematorium und der Leichenhalle von S 444.000,-- auf S 423.000,--, eine Abnahme von S 21.000,--, beim Wasserwerk eine Erhöhung von S 4,027.000,-- auf S 4,688.000,--, das ist eine Zunahme um S 661.000,-- und beim Stadtbad eine bescheidene Zunahme von S 372.000,-- auf S 375.000,--, um S 2.000,--.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß der Personalstand in den ganzen Städtischen Unternehmungen 60 Personen beträgt. Außerdem darf ich Ihnen mitteilen, daß das Wirtschaftsjahr, welches den Zeitraum vom 1. Jänner 1965 bis 31. 12. 1965 umfaßt, mit einem Gesamtverlust von S 159.133,06 abgeschlossen wurde, der sich aus den Ergebnissen der einzelnen Teilbetriebe wie folgt ergibt:

Gewinn Verkehrsbetrieb	S	9.000,-
Gewinn Bestattung	S	4.000,-
Gewinn Krematorium und Leichenhalle	S	2.000,-
Gewinn Wasserwerk	S	4.000,-
		<u>S 19.000,-</u>
Verlust Reklamebüro	S	6.000,-
Verlust Stadtbad	S	172.000,-
zusammen	S	178.000,-
abzüglich obiger Gewinn	S	19.000,-
Gesamtverlust von	S	<u>159.000,-</u>

Diese Bilanz ist dem Magistrat zugegangen und wird vom Kontrollamt überprüft werden. Ich darf Ihnen mitteilen, daß diese Überprüfung durch das Kontrollamt im Städtischen Verkehrsbetrieb auf Grund der Bilanz bereits vorgenommen wird.

Ich will nur sagen, daß allein das Wasserwerk - ich nenne Ihnen eine runde Summe - ein Anlagevermögen von rund S 50 Millionen hat und ich habe bereits ausgeführt, daß von diesen S 50 Millionen keine wie im-

mer geartete Verzinsung von seiten der Gemeinde verlangt und auch dem Wasserwerk nicht vorgeschrieben wird. Sehen Sie daran auch die Tatsache, daß eine wahrhafte und echte Subventionierung des Wasserpreises durch die Stadt erfolgt. Wenn Sie nur die Verzinsung mit 2 oder 3 % annehmen würden, so wäre das bei S 50 Millionen - gerechnet mit 2 % rund S 1 Million, - gerechnet mit 3 % S 1,5 Millionen. Es müßte der Wasserpreis allein um mehr als 60 Groschen erhöht werden, wenn wir nur diese bescheidene Verzinsung anerkennen würden. Das wollte ich hinzugefügt haben, weil das wichtig ist und auch zu gleicher Zeit einen Hinweis gibt über die Tätigkeit, die die Städtischen Unternehmungen durchgeführt haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Wünscht zu diesem Bericht jemand das Wort?

Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Kollege Huemer hat gesagt, daß derzeit die Bilanz vom Kontrollamt überprüft wird. Wir können eigentlich genaugenommen der Bilanz noch nicht die Zustimmung geben, sobald nicht der Kontrollbericht vorliegt.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Die Bilanz wird genehmigt werden!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich meine, es könnte beispielsweise die Kontrolle etwas zum Aussetzen haben. Wir stimmen aber schon im vorhinein der Bilanz zu, ohne sie zu kennen, ohne sie gesehen zu haben. Man müßte den Kontrollbericht abwarten, erst dann könnte man zustimmen.

Das ist meine Auffassung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Kollege Schmidberger bitte!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich hätte noch eine Frage an Stadtrat Huemer. Es wird in den Bevölkerungskreisen als komisch empfunden, daß man die Fahrpreise erhöht und nebenbei in dem verhältnismäßig kleinen Betrieb in Steyr einen Kontrollor eingesetzt hat. Die Bevölkerung ist der Auffassung, daß die wenigen Schwarzfahrer diese Summe nicht ausmachen, die dieser Kontrollor an Gehalt einsteckt. Ich möchte auch dahingehend eine Aufklärung haben, wie sich die Sache mit dem Kontrollor verhält, ob er allein die Kontrollfunktion hat oder ob er auch anderweitig beschäftigt ist.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Kollege Schmidberger es ist ganz richtig, der Kontrollor muß bei Urlaub oder Krankheitsfällen für Omnibusfahrten einspringen.

Entlasten Sie mich aber von einer Erklärung hinsichtlich dessen, daß der Kontrolle ein zu hoher Verdienst zugeschrieben wird bezüglich der Schwarzfahrer, ich bitte Sie darum. Wir haben auch hier unsere Betriebserfahrungen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Kollege Schanovsky bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Betreffend die Genehmigung der Bilanz der Städtischen Unternehmungen möchte ich nur erwähnen, daß wir auch den Rechnungsabschluß unserer Gemeinde vor der Kontrolle des Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen, denn wenn Beanstandungen erfolgen, wer-

den sie ja immer dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Kollege Moser ich darf mitteilen, daß über die Einsichtnahme durch das Kontrollamt nicht nur eine Besprechung mit dem zuständigen Leiter und dem hiefür verantwortlichen Referenten stattfindet, sondern daß der Bürgermeister vom Kontrollamt als erster unterrichtet wird, ehe der jeweilige Leiter und der Referent hievon in Kenntnis gesetzt werden.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Bitte ich möchte dazu korrekterweise nur erwähnen, eine logische Überlegung sagt mir, einer unüberprüften Bilanz im vorhinein die Zustimmung zu geben, ist nicht ganz in Ordnung. Das muß sich jeder logischerweise sagen. Deshalb bin ich der Meinung - ich habe im Finanz- und Rechtsausschuß dafür gestimmt, bin aber inzwischen zu dieser Überlegung gekommen - daß wir nicht im vorhinein einer Sache die Zustimmung geben können, die wir eigentlich genau genommen nicht kennen. Wenn der Kontrollbericht vorliegt und einwandfrei ist und keine kritischen Bemerkungen gegeben werden, so kann man der Bilanz die Zustimmung geben.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Kollege Moser, diese Gepflogenheit ist 20 Jahre alt!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ja, ich weiß das.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Vielleicht kann der Herr Magistratsdirektor in wenigen Worten eine Aufklärung geben.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KARL ENZELMÜLLER:

Geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Warum hier die Bilanz ohne Kontrollbericht vorgelegt wird, hat folgende Vorgeschichte:

Wenn Sie wissen, wie die Firmen bilanzieren, so können Sie normalerweise annehmen, daß man damit Ende März fertig wird. Es sind hier im Gemeinderat sehr viele Leute, die diese Dinge sehr genau kennen. Nun müssen die Ämter - schließlich gehört auch diese Unternehmung zum Amtsgetriebe - noch verschiedene Untersuchungen dazulegen und Berichte machen. Es wird im allgemeinen Mai, bis dieser Bericht vorliegt. Dann wird er dem nächsten Gemeinderat vorgelegt - diesmal ist es leider etwas ungünstiger, also bereits gegen Mitte Juni zugerückt - und Sie bekommen die Bilanz, ohne daß große Untersuchungen gemacht werden. Wenn jetzt das Kontrollamt die Bilanz und die vorläufige Stellungnahme dazu bekommt, so muß es jeden Posten zergliedern. Damit hat das Kontrollamt meist 3 - 4 Monate Arbeit. Wenn dann der Bericht vorliegt, so kommt der Gegenbericht der Unternehmungen und dann muß der Bürgermeister sagen, welchen Bericht er als stichhältig anerkennt und er muß abschätzen, ob er das dem Gemeinderat vorzulegen hat, ob ernste Bedenken gegen die Bilanz vorgebracht worden sind oder nicht. Das hieße auf gut Deutsch gesagt, daß Sie die Bilanz erst am Ende des Jahres bekommen würden, also mit einem Jahr Verspätung. Wir haben es bisher so gehalten, daß Ihnen die Bilanz zur Kenntnisnahme vorgelegt wird und wenn Bedenken von seiten des Kontrollamtes oder vom Rechnungshof geäußert werden, so sind diese dem Gemeinderat, kraft des Statutes, separat zur Beschlußfassung vorzulegen. Das heißt, Sie nehmen an und für sich nur das wirtschaftliche Ergebnis zur Kenntnis, nicht das Zahlenwerk. Das können Sie gar nicht, denn sonst müßten Sie es ja prüfen. Sie sehen es nur, im ganzen haben wir große Verluste, kleine Verluste, oder wie ge-

bart hier die Unternehmung. Das ist der Sinn, den Sie entnehmen sollen. Im Detail müssen Sie vorläufig der Unternehmung glauben und zur Bestärkung ist das Kontrollamt da, es wird Ihnen sofort berichten, das ist ja statutenmäßig angeordnet. Ich würde bitten, daß man diese Übung beibehält. Es ist jedem Gemeinderat jederzeit möglich, in diese Aufzeichnungen Einsicht zu nehmen und sich davon zu überzeugen, daß tatsächlich alles in Ordnung ist. Es ist viel Arbeit, aber Sie sind dazu herzlichst eingeladen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der Diskussion, glaube ich, können wir zusammenfassend entnehmen, daß wir heute Beschluß fassen über eine vorläufige Genehmigung des Jahresabschlusses der Städtischen Unternehmungen und wir zur Kenntnis nehmen, daß mittlerweile die Details vom Kontrollamt überprüft werden. Es könnte sein, daß das erst in einem Jahr überprüft wird oder überhaupt nicht überprüft wird und wir könnten warten, bis der Rechnungshof die Überprüfung der Bilanz übernimmt. Auf jeden Fall müssen wir - wenn Sie wollen - eine vorläufige Genehmigung der Jahresbilanz beschließen. Das stand zur Diskussion und soll jetzt zur Beschlußfassung stehen. Ist Ihnen diese Formulierung genehm?

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich gebe mich mit der Formulierung: "Mit vorläufiger Kenntnisnahme" zufrieden!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Also vorläufige Kenntnisnahme.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KARL ENZELMÜLLER:

Sie haben es zur Kenntnis genommen, nicht angenommen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Die letzte Formulierung dieses Antrages lautet also: "Zur Kenntnisnahme". Damit glaube ich, sind Sie einverstanden. Es ist keine Wortmeldung mehr vorhanden.

Bestätigen Sie diese Kenntnisnahme? Es ist keine gegenteilige Meinung vorhanden, daher zur Kenntnis genommen. Danke.

Ich glaube, wir müssen heute Kollegen Huemer noch einmal bemühen.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Ich habe Ihnen noch einen Antrag zum Vortrag zu bringen, der folgenden Wortlaut hat:

8) ÖAG-3201/66

Städt. Untern.

Deckung des Abganges im Betriebszweig "Stadtbad" der Städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Antrag der Städtischen Unternehmungen vom 10. 5. 1966 wird zum Zwecke der Deckung des Abganges im Betriebszweig "Stadtbad" der Städtischen Unternehmungen eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 342. 100, --

(Schilling dreihundertvierzigzweitausendeinhundert)

bei VP 81-50 oH. bewilligt.

Die Deckung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Ich darf somit Ihre Zustimmung zu diesem Antrag annehmen. Keine Gegenstimme, danke.

Kollege Besendorfer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des

Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzutragen.

Antrag 1 betrifft:

9) Ha-1927/64

Ha-1585/64

Ha-4288/63

Gewährung eines Vorfinanzierungs-
darlehens an die GWG der Stadt
Steyr zur Finanzierung der Wohn-
bauten W I - III, Sch V und Gara-
gen (Grundkauf).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens in Höhe von

S 800.000,--

(Schilling achthunderttausend)

an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH., zur Finanzierung der Wohnbauten W I - III, Sch V und Garagen (Grundkauf in der Wehrgrabengasse und Schlüsselhofgasse), wird zugestimmt.

Die Festsetzung der endgültigen Darlehensbedingungen hat zu einem späteren Zeitpunkt zu erfolgen.

Der Darlehensbetrag wird bei der VP 62-85 aoH freigegeben.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Der nächste Antrag betrifft:

10) Ha-2780/66

Gewährung eines Vorfinanzierungs-
darlehens an die GWG der
Stadt Steyr zum Bau des Fern-
heizwerkes und der Wohnbauan-
lage E XXI.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 21. April 1966, Ha-2780/66,

nachstehenden Inhaltes wird nachträglich genehmigt:

Der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH. wird ein Vorfinanzierungsdarlehen für den Bau des Fernheizwerkes und der Wohnbauanlage E XXI (Ennsleite) in Höhe von

S 4.000.000,--

(Schilling vier Millionen).

gewährt.

Zu diesem Zwecke wird der Betrag von S 920.000,-- bei der VP 62-85 aoH. freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von S 3.080.000,- bei derselben VP bewilligt. Die Deckung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Die Festsetzung der näheren Darlehensbedingungen erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Ich ersuche auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall. Auch dieser Antrag findet damit Ihre Zustimmung.

Für Kollegen Radinger bitte ich nun Herrn Kollegen Wippersberger um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT LEOPOLD WIPPERSBERGER: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates zum Vortrag zu bringen.

Der erste Antrag lautet:

11) K-2600/66

Abwicklung der Gastspielsaison
1966/67 im Stadttheater Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Abhaltung von 25 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Gastspielsaison 1966/67 nach

Maßgabe des Amtsberichtes vom 7. 6. 1966 wird genehmigt; der Magistrat ist ermächtigt, einen entsprechenden Gastspielvertrag über die zu leistende Ausfallhaftung abzuschließen.

2. Die mit Gemeinderatsbeschluß vom 8. 7. 1965, K-2378/65, festgelegten Eintrittspreise im Stadttheater Steyr haben auch für die Gastspielsaison 1966/67 Geltung.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht jemand dazu das Wort? Es ist keine Wortmeldung vorhanden, damit darf ich Ihre Zustimmung annehmen.

GEMEINDERAT LEOPOLD WIPERSBERGER:

Der zweite Antrag des Stadtseminates beschäftigt sich mit der Planung des Taboraufzuges. Er lautet wie folgt:

12) Bau3-6421/61

Genehmigung der Planungskosten für einen Taboraufzug.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Zwecke der Erbauung eines Taboraufzuges wird vorerst die Planung an den Baumeister Arch. Carl Neudeck in Steyr zum Preise von

S 150.000,--

(Schilling einhundertfünfzigtausend) vergeben.

Dieser Betrag wird aus VP 729-91 aoH. freigegeben.

Der Architektenvertrag und die näheren Bestimmungen der Planung sind vom Magistrat festzulegen.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird zu diesem Antrag das Wort

gewünscht? Es ist nicht der Fall, somit findet auch dieser Antrag Ihre Zustimmung.

Als nächsten Berichterstatter bitte ich Herrn Kollegen Schachinger!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
EMIL SCHACHINGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses vorzutragen. Der erste beinhaltet die Abgrenzung der Straßenbenennungen im Bereiche des Verkehrsknotens Ennser Straße und Umbenennung eines Teiles der Posthofstraße.

13) Ges-170/65

Abgrenzung der Straßenbenennungen im Bereiche des Verkehrsknotens Ennser Straße und Umbenennung eines Teiles der Posthofstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der neugeschaffene Verkehrsknoten Ennser Straße bildet entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 11. 1. 1966 und dem diesem Amtsbericht beiliegenden Plan den Endpunkt der Michael-Blümelhuber-Straße bzw. den Beginn der Ennser Straße, wobei der erstgenannte Straßenzug bis zur Einmündung in die verlegte Franklin-D.-Rooseveltstraße verläuft. Die Franklin-D.-Rooseveltstraße endet an der Einmündung der Azwangerstraße und der Verkehrsfläche "Taschried".

Die Posthofstraße im Bereiche zwischen Michael-Blümelhuber-Straße und Resthof (nördlicher Ast) wird in "Resthofstraße" umbenannt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall, der Antrag ist angenommen.

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Der zweite Antrag betrifft die Umbenennung eines Teiles der Fa-

brikstraße in Gschaidenberg.

14) Ges-170/65

Umbenennung eines Teiles der
Fabrikstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beginn der Fabrikstraße
im Bereiche der Hausnummern 1, 2,
4 und 6 wird in

"Gschaidenberg"

umbenannt.

Die Hausnummern der Fabrik-
straße sind entsprechend zu berich-
tigen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:

Wünscht zu diesem zweiten An-
trag jemand das Wort? Es ist dies nicht
der Fall, der Antrag ist beschlossen.

Kollege Baumann bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ALFRED BAUMANN:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich verlese Ihnen zwei Anträge
und bitte um Annahme.

15) ÖAG-3062/66

Verkauf eines Teiles der Grund-
parzelle 179/1 KG. Jägerberg an
die GWG der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkaufe eines Teiles der
städtischen Grundparzelle 179/1 KG.
Jägerberg (neue Parzelle 179/69),
im Ausmaß von 2.784 m² zum Preise
von S 100,--/m² an die Gemeinnützi-
ge Wohnungsgesellschaft der Stadt
Steyr wird zugestimmt.

Die Festsetzung der übrigen Be-
stimmungen des Kaufvertrages bleibt
der Magistratsdirektion vorbehalten.

Der zweite Antrag lautet:

16) Bau3-1403/66

Asphaltierung von Straßen in Mü-
nichholz und in der Fischhub.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Asphaltierung
von Straßen in Münichholz und in der
Fischhub (Instandsetzungsarbeiten)
wird der Betrag von

S 240.000,--

(Schilling zweihundertvierzigtausend)

bei VP 664-52 oH. freigegeben,

Die Arbeiten sind entsprechend
dem Amtsbericht der Mag. Abt. III
vom 10. 5. 1966 durch den städtischen
Wirtschaftshof durchzuführen.

Ich bitte um die Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:

Sie hörten die beiden Anträge;
wünscht dazu jemand das Wort? Es
ist dies nicht der Fall, die Anträge
sind angenommen.

Kollege Kubanek bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
LUDWIG KUBANEK:

Sehr geehrter Gemeinderat!

An die Erste Gemeinnützige
Wohnungsgenossenschaft Steyr sollen
für Bauten in der Azwangerstraße
Darlehen gewährt werden.

Der erste Antrag lautet:

17) Ha-6099/65

Gewährung eines Darlehens an
die Erste Gemeinnützige Woh-
nungsgenossenschaft Steyr (Bau-
vorhaben I Azwangerstraße).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ersten Gemeinnützigen Woh-
nungsgenossenschaft Steyr, Tomitz-
straße 8, wird zum Zwecke der Er-
richtung einer Wohnhausanlage mit 15
Wohneinheiten in Steyr, Azwanger-
straße, auf der Grundparzelle 962/14,
Kat. Gem. Steyr, ein Darlehen von

S 340.000,--

(Schilling dreihundertvierzigtausend)

unter der Voraussetzung gewährt, daß
dieses Bauvorhaben auch aus Mitteln
der Wohnbauförderung des Landes OÖ.

gefördert wird. Der Darlehensbetrag wird bei VP 62-85 aoH. freigegeben.

Das Darlehen wird zu einer Verzinsung von 3 % und einer Tilgung von 1 %, sonst zu den für die Darlehen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr geltenden Bedingungen gewährt. Die Auszahlung hat nach Maßgabe des Baufortschrittes zu erfolgen. Das Darlehen ist auf der Bauliegenschaft grundbücherlich sicherzustellen. Die Darlehensnehmerin hat der Stadtgemeinde Steyr das Auswahlrecht der künftigen Mieter für den durch dieses Darlehen geförderten Wohnbau im Verhältnis der Darlehenssumme zu den Gesamtbaukosten einzuräumen. Die Festsetzung der näheren Bedingungen der Schuldenurkunde bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Der Magistrat wird ermächtigt, eine schriftliche Zusicherung unter den angeführten Bedingungen an die Darlehensnehmerin auszustellen.

Der zweite Antrag beinhaltet die Gewährung eines Darlehens an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr für das Bauvorhaben II Azwangerstraße. Die Bedingungen sind hier dieselben wie im ersten Antrag. Er lautet:

18) Ha-6100/65

Gewährung eines Darlehens an die Erste Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Steyr (Bauvorhaben II Azwangerstraße).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Steyr, Tomitzstraße 8, wird zum Zwecke der Errichtung einer Wohnhausanlage mit 15 Wohneinheiten in Steyr, Azwangerstraße, auf der Grundparzelle 962/18, Kat. Gem. Steyr ein Darlehen von

S 340.000, --

(Schilling dreihundertvierzigtausend)

unter der Voraussetzung gewährt, daß

dieses Bauvorhaben auch aus Mitteln der Wohnbauförderung des Landes OÖ. gefördert wird. Der Darlehensbetrag wird bei VP 62-85 aoH. freigegeben.

Das Darlehen wird zu einer Verzinsung von 3 % und einer Tilgung von 1 %, sonst zu den für die Darlehen an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr geltenden Bedingungen, gewährt. Die Auszahlung hat nach Maßgabe des Baufortschrittes zu erfolgen. Das Darlehen ist auf der Bauliegenschaft grundbücherlich sicherzustellen. Die Darlehensnehmerin hat der Stadtgemeinde Steyr das Auswahlrecht der künftigen Mieter für den durch dieses Darlehen geförderten Wohnbau im Verhältnis der Darlehenssumme zu den Gesamtbaukosten einzuräumen. Die Festsetzung der näheren Bedingungen der Schuldenurkunde bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Der Magistrat wird ermächtigt, eine schriftliche Zusicherung unter den angeführten Bedingungen an die Darlehensnehmerin auszustellen.

Ich bitte den Gemeinderat, beide Anträge anzunehmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht zu diesen beiden Anträgen jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall, die Anträge sind somit angenommen.

Als nächsten Berichterstatter bitte ich Kollegen Petermair!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Mit dem vorliegenden Antrag des Stadtsenates, die Stadt Steyr zur Fremdenverkehrsgemeinde zu erklären, geschieht ein sehr wesentlicher Schritt vorwärts innerhalb des Fremdenverkehrswesens unserer Stadt.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

19) Wi-581/65

Erklärung der Stadtgemeinde Steyr zum Fremdenverkehrsgebiet.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Erklärung der Stadtgemeinde Steyr zum Fremdenverkehrsgebiet wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. IX vom 27. 5. 1966 zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich dazu einige Erläuterungen gebe. Das Landesgesetz für Fremdenverkehr besagt unter den Begriffsbestimmungen "Was ist Fremdenverkehr und was versteht man darunter?", daß man unter Fremdenverkehr den gesamten vorwiegend der Gesundung, der Erholung und der Besichtigung von landschaftlichen Schönheiten, kulturellen Werten, dem Sport, der Volkstumspflege, der Besichtigung von historischen Stätten, dem gesellschaftlichen Leben oder dem Vergnügen dienenden Aufenthalt versteht.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich begrüße den Antrag ganz besonders deshalb, weil gerade von unserer Fraktion bei den jeweiligen Budgetberatungen dieses Thema als Anregung gegeben worden ist. Die Interessenten für den Fremdenverkehr der Stadt haben durch lange Zeit hindurch Vorstellungen gemacht, daß auch Steyr zu einem Fremdenverkehrsgebiet bzw. zu einer Fremdenverkehrsgemeinde deklariert werden soll. Auf Grund dieser Vorstellungen ist die Initiative der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Bezirksstelle Steyr, ausgegangen und es hat sich ein Proponentenkomitee mit dieser Frage befaßt und es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, an die Gemeinde heranzutreten, die Stadt zur Fremdenverkehrsgemeinde erklären zu lassen. Diese Erklärung gibt jedoch die Landesregierung auf Grund eines Beschlusses der Stadtgemeinde ab.

Sie werden fragen, warum Steyr zur Fremdenverkehrsgemeinde erklärt werden soll. Es liegt im Interesse der Fremdenverkehrsbetriebe. In erster Linie, weil dadurch diesen Unternehmungen die Möglichkeit gegeben ist zu investieren und ihre Betriebe zu sanieren. Fremdenverkehrsbetriebe können dann billige Kredite erhalten und zwar aus ERP-Mitteln und aus Landesmitteln. Es ist mir klar, daß die Stadt Steyr weniger als Urlaubsaufenthaltort dienen wird, sie wird sich vielmehr mit dem Außenverkehr zu befassen haben. Das können wir auch auf Grund der Statistik des Städtebundes feststellen. Es wurden darin 1964 40.251 Übernachtungen in Steyr gezählt. Davon sind 23.648 Ausländer zu verzeichnen, gegenüber dem Jahre 1961 mit 26.766 Nicht-Österreichern. Es ist daher eine Abnahme um mehr als 3.100 Auslandsübernachtungen eingetreten. Es ergibt sich 1964 ein Durchschnitt von Inländerübernachtungen pro Person 1,7, von Ausländern 1,9 Nächtiungen. Es ist verständlich, daß die Fremdenverkehrsbetriebe intensiviert werden müssen, denn in Steyr sind derzeit nur zur Verfügung: 81 Einbettzimmer, 95 Zweibettzimmer, 18 Mehrbettzimmer. Diese Bettenanzahl in Steyr ist wohl zeitweise ausgelastet, aber im Jahresdurchschnitt höchstens zu 30 - 35 %. Es ist daher eine Aufgabe der Fremdenverkehrskommission, hier den Fremdenverkehr anzukurbeln. Steyr hat eine landschaftlich sehr schöne Umgebung, die noch aufgeschlossen werden kann. Ich erinnere daran, daß sich dieser Aufgabe sicher auch andere Gemeinden anschließen würden. Wir haben beispielsweise den Damberg in unserer Nähe und ich erinnere mich, daß vor Jahren einmal ein Schispringen in der Hölle in Garsten war und ich erinnere mich weiter - das war schon vor Jahren - an ein Festspiel im Hof des Schlosses Lamberg. All das sind Dinge, die veranstaltet werden könnten

durch die Fremdenverkehrskommission, die ja zu schaffen ist. Die Fremdenverkehrskommission hat Rechts - persönlichkeit und verwaltet sich selbst. Sie besteht aus 14 Mitgliedern, von denen 5 als Vertreter der Gemeinde, 5 als Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft, 2 als Vertreter der Kammer für Arbeiter und Angestellte und 2 als Vertreter der Landwirtschaftskammer, entsendet werden. Diese Mitglieder werden über Vorschlag dieser Körperschaften von der Landesregierung für 3 Jahre bestellt. Wenn ich hier noch etwas anführen darf, so ist es vielleicht das, daß es schon einmal einen Fremdenverkehrsverein gegeben hat und zwar im Rahmen des Verschönerungsvereines. Weil ich hier Verschönerungsverein zitiere, so hätte ich von meiner Warte aus in diesem Zusammenhang den Wunsch, daß wir den Höhenweg, den wir bisher als Taborweg kennen, fortsetzen könnten über den Dachsbergweg hinaus und das dem Verschönerungsverein zur 100-Jahr-Feier gewissermaßen als Geschenk geben könnten. Damit wäre sicherlich für die Fremden ein Anziehungspunkt gegeben, denn der Taborweg mit der Verlängerung Dachsbergweg zeigt ja das schöne Landschaftsbild von Steyr.

Wenn wir heute diesem Beschluß zur Erklärung der Fremdenverkehrsgemeinde unsere Zustimmung geben, so besteht auf Grund des Gesetzes weiterhin die Möglichkeit, daß auch andere Gemeinden, wie beispielsweise in dieser Proponentenkomitee-Sitzung zum Ausdruck gekommen ist, Garsten und Ulrich sich zu einer Interessengemeinschaft oder Fremdenverkehrs - Verbändegemeinschaft zusammenschließen. Eines glaube ich, muß ich heute allen Fremdenverkehrsverbänden sagen, wenn es soweit kommt, dann müssen sie in erster Linie für den Fremden, für den Urlauber und für den Gast in unserer Stadt da sein. Es müßte eine

echte Fremdenverkehrsgesinnung vorhanden sein, bei der nicht die linke Hand nur das Trinkgeld sieht, sondern bei der die rechte Hand zum Grüßen da ist.

Ich bitte daher den hohen Gemeinderat, dem Antrag, den ich Ihnen eingangs vorgetragen habe, seine Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Gherbetz bitte!

STADTRAT KARL GHERBETZ:
Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe heute bereits in der Stadtsenatssitzung an den Herrn Referenten die Frage gerichtet, welche Vorteile unsere bodenständige Wirtschaft dadurch hat. Die Ausführungen sind ziemlich dieselben gewesen, wie jetzt vor diesem Forum. Wir werden selbstverständlich diesem Antrag unsere Zustimmung geben, möchten aber darauf hinweisen, daß viele Bedenken sein werden und daß es der Bemühungen aller hier im Hause vertretenen Parteien bedürfen wird, um diesem großen Projekt gerecht zu werden und um nicht vielleicht in den Ruf zu kommen, daß wir uns übernommen hätten und es uns nicht geglückt ist. Ich möchte nur an den Zimmermangel in Steyr erinnern. Wenn es hier geheißen hat, daß ein Überfluß ist, so darf ich sagen, daß ich mich einige Tage bemüht habe, bei den Gastwirten am Stadtplatz zu fragen, ob Zimmer frei sind. Ich kann Ihnen sagen, ich habe keines bekommen - ich wollte auch keines. Auch die Qualität unserer Zimmer leidet sehr. Wie wir hören, ist es möglich, durch ERP-Kredite eine Sanierung zu erreichen. Wir werden aber auch Ruhezentren brauchen und ich schaue nur hinunter auf den Ennskai. Hier wären wunderbare Ruheplätze, doch leider fehlen die zugehörigen Bänke und die die unten ste-

hen, sind in einem Zustand, daß man sie wirklich nicht benützen kann. Wenn man Fremde in diese Stadt lockt, so wird sicherlich auch der Verkehr stärker werden. Wir werden daher wieder Parkplätze brauchen. Wir werden uns Gedanken machen müssen, wo die Fremden ihre Fahrzeuge abstellen sollen. Eines was mich besonders berührt ist, daß ich die Erfahrung gemacht habe, daß in jeder Fremdenverkehrsstadt - Steyr wird es zwar nicht im Sinne des Wortes werden, so wie es andere Fremdenverkehrsorte sind - die Preise steigen, ob das in einem Restaurant oder in einem sonstigen Betrieb ist. Hier glaube ich, werden wir auch etwas Rücksicht nehmen müssen.

Eine bodenständige Zeitung hat uns den Artikel gewidmet: "Das Ratsherrenstüberl in Steyr." Hoffentlich wird dieses Stüberl auch in den Fremdenverkehr einbezogen. Wir sind nicht die gewesen, die abgelehnt haben, sondern es war leider Gottes ein Kollege der ÖVP-Fraktion, der dagegen war. Nachdem uns der Herr Bürgermeister die Zusicherung gegeben hat, daß die Gastwirte keinen Einspruch erheben werden, haben wir uns wohl der Stimme enthalten, haben aber vielleicht mitgeholfen, wieder einen kleinen Beitrag für den Fremdenverkehr zu liefern, wenn es hier moderne Zimmer gibt und ein Ratsherrenstüberl.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Kollege Schanovsky bitte!

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIR. HANS SCHANOVSKY:

Werter Gemeinderat!

Es ist bedauerlich, daß die Stadt Steyr erst heute zur Fremdenverkehrsstadt erklärt wird. Die Stadtverwaltung hat sich schon jahrelang darum bemüht, aber an zuständiger Stelle in Linz haben wir nie Gehör ge-

funden. Steyr hat aber auch in der Zwischenzeit der guten Jahre vieles für den Fremdenverkehr getan. Darf ich z. B. erinnern an die Fassadenaktion in der Stadt, die uns sehr viel Geld gekostet hat. Ich möchte noch ein Beispiel erwähnen, das ist der großartige Prospekt, der sehr viel Geld gekostet hat, mit dem wir den 1. Preis in Österreich errungen haben. Wir haben laufend alle Jahre Werbeschriften ausgegeben, wir haben alle Jahre Beträge für sogenannte Beiträge in den verschiedenen Fremdenverkehrsbüchern gegeben. Alles das zusammen - Sie können es ja aus den Jahresrechnungen nachlesen - sind bedeutende Beträge, die die Stadt für den Fremdenverkehr ausgegeben hat. Nicht zuletzt Verschönerungen unseres Stadtplatzes selbst durch die bessere Pflasterung. Erinnern Sie sich nur, wie der vorher ausgesehen hat, auch das hat große Beträge erfordert. Freilich ist noch vieles zu tun und wir werden uns auch bemühen, hier Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Steyr wirklich eine Fremdenverkehrsstadt wird. So haben wir das Hotel Nagl erworben. Es wäre mit diesem Hotel aus gewesen, es waren dafür andere Projekte vorgesehen. Aber nur um die Betten für Fremde zu erhalten, haben wir es erworben und bemühen uns, es auch ordentlich zu führen. So gäbe es noch vieles anzuführen und ich glaube, Ihres Sinnes zu sein, wenn wir dazu beitragen, unsere Stadt schöner und lebenswerter zu gestalten, welchen Ausspruch einmal unser Herr Bürgermeister hier gemacht hat.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Kollege Schachinger bitte!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:
Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie hörten die Ausführungen des Kollegen Gherbetz, die nicht sehr fremdenverkehrsfreundlich waren. Er

hat große Bedenken geäußert, daß hier die Gefahr besteht, daß eine bedeutende Verteuerung der Lebenskosten der Bevölkerung eintreten wird. Kollege Gherbetz, ich möchte nur sagen, die Kommission wird die Beträge, die die einzelnen Gewerbetreibenden dieser Stadt zu leisten haben, gestaffelt festlegen. Es ist ganz klar, daß nur Gebiete, die unmittelbar vom Fremdenverkehr berührt werden, entsprechend herangezogen werden. Die Beträge sind horrend, sie beginnen bei S 20,--, die Höchstgrenze ist S 3.000,-- pro Jahr. Es ist daher nicht richtig und ich muß das zurückweisen, wenn man hier schon eine Pauschalverdächtigung der ganzen Gewerbetreibenden und Handelstreibenden ausspricht, daß diese Gelegenheit jetzt benützt wird, Preise nachzuschrauben. Bedenken Sie, die Fremdenverkehrsabgabe, die ja letzten Endes der wesentliche Beitrag sein wird, wird in erster Linie von der Behörde eingehoben und es betrifft eben die Fremden dieser Stadt, die natürlich auch etwas beitragen müssen, wenn sie hier die herrlichen Einrichtungen unserer Stadt sehen wollen.

Der Herr Vizebürgermeister hat uns bereits zugestanden, daß es das Bestreben der Stadtgemeinde sein wird, die Stadt weiterhin auszugestalten. Ich habe schon vor Jahren von dem herrlichen Spazierweg von der Ennsbrücke zur Neutorbrücke gesprochen. Ich war der Meinung, daß sich das sowieso mit sehr geringen Mitteln bewerkstelligen läßt. Leider ist das bis heute nicht geschehen. Was die Ausführungen des Kollegen Gherbetz bezüglich des Ratsherrenstüberls betrifft, muß ich schon richtig stellen, daß es nicht angeht, hier öffentlich im Gemeinderat zu sagen, daß der Kollege Schachinger der einzige war, der dagegen Stellung ergriffen hat. Ich habe das in meiner Funktion als Gewerbereferent gemacht. Es war eine Entschlie-

der Gastwirte und ich habe darauf zu achten, daß die Bestimmungen des Gewerberechtes richtig angewendet werden. Wenn hier ein Bewerber auftritt, der eine Nachsicht verlangt, weil er weder das Mindestalter noch die nötige Verwendungszeit in einem Betrieb hat, trotzdem aber als Selbständiger auftreten will, so ist es klar, daß ich mich als Gewerbereferent dagegen stellen muß. Außerdem war es ja nicht nur meine Person, sondern es hat sich die ganze Fraktion meiner Meinung angeschlossen. Warum dieser Antrag von mir abgelehnt wurde, will ich hier nicht erläutern. Wir hoffen nur, daß der Fremdenverkehr endlich angekurbelt wird. Wenn wir auf dem Standpunkt stehen würden, weiter zuzuwarten, weil hie und da Mängel auftreten, so würden wir das nie erreichen.

Wir haben bei der Einführung des Polytechnischen Lehrganges gehört, daß auch hier viele Voraussetzungen fehlen. Man muß sich in die ganze Situation hineinfinden. Man hat auch wieder dasselbe angeführt, wie seinerzeit, als das Reichsvolksschulgesetz eingeführt wurde. Da waren auch keine Schulen vorhanden und man hat doch die Bevölkerung in Massen zum Schulbesuch herangezogen. Wir werden auch Wege finden und mein Vorschlag, den ich hier wiederholen will, richtet sich nicht an die Gewerbetreibenden sondern an die Bevölkerung von Steyr, an die Siedler usw., auch Privatquartiere zur Verfügung zu stellen. Es wird vielleicht die Aufgabe dieser Kommission in Steyr sein, einmal einen Aufruf zu erlassen. Es gibt bestimmt Siedler, die froh sind, wenn sie in den Sommermonaten, wo doch die Hauptsaison des Fremdenverkehrs ist, auch einen Ertrag haben, indem sie Leute unterbringen, so wie wir es überall finden. Der Anfang muß gemacht werden. Wichtig, das möchte ich hier betonen, ist die Propaganda. Wir kommen mit der derzeitigen Propaganda über

Österreich nicht hinaus, gehören wir aber dem Fremdenverkehrsverband OÖ. an, so wird die Propaganda für unsere Stadt von den entsprechenden Reisebüros in alle Staaten Europas weiter geleitet werden. Das ist entscheidend, daß wir viel Durchzugsverkehr nach Steyr bekommen. Wir werden langsam den Fremdenverkehr ankurbeln und auch nach gewissen Jahren den entsprechenden Erfolg haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Kollege Gherbetz bitte!

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Da ich hier angesprochen wurde und man mir den schwarzen Peter in die Schuhe schieben möchte, darf ich nur eines sagen, Kollege Schachinger. Wenn ich heute ein Geschäftsmann bin, so muß ich mir irgendeine Basis suchen. Aus dieser Basis muß ich entnehmen, was kann mir passieren? Das soll keine Kritik an den Gewerbetreibenden sein, es soll auch keine Kritik an diesen Betrieben, die einmal in Frage kommen, sein, sondern man weist eben darauf hin, welche Schwierigkeiten kommen können. Ich habe ausdrücklich betont, daß wir die hier alle gemeinsam meistern müssen. Das war das eine.

Das zweite betrifft dieses Ratsherrenstüberl. Ich habe nicht gesagt Kollege Schachinger, sondern ein Vertreter der Volkspartei ...

ZWISCHENRUF STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Das bin ich!

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Nein, zufällig war es der Kollege Petermair, Sie waren gar nicht hier!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es ist keine Wortmeldung mehr vorhanden.

Ich bitte Sie, mit einem Zeichen der Hand zu bekunden, daß Sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben! Danke. Gegenprobe? Danke. Einstimmig angenommen.

Kollege Petermair bitte!

STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Der zweite Antrag des Stadtsenates, den ich Ihnen vorzutragen habe, betrifft den Straßenbau Posthofstraße - Resthof, Restabwicklung.

20) Bau3-786/63

Straßenbau Posthofstraße - Resthof; Restabwicklung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Restabwicklung des Bauvorhabens Straßenbau Posthofstraße - Resthof wird der Betrag von

S 400.000,--

(Schilling vierhunderttausend)

bei VP 664-91 aoH. freigegeben.

Die Kostenüberschreitung um S 77.400,-- gegenüber der ursprünglichen Auftragssumme (Gemeinderatsbeschuß vom 1. 6. 1964, S 2,281.000,--) wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Es ist nicht der Fall, somit darf ich Ihre Zustimmung zu diesem Antrag annehmen.

Kollege Gherbetz bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL GHERBETZ:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ehegatten Johann und Maria Kober haben um die Bauplatzqualifikation für die Grundparzelle 969/33 angesucht.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:

21) Bau5-4505/65

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Johann und Maria Kober zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Berücksichtigung des Amtsberichtes vom 6. 4. 1966 wird der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gemäß Art. XI der Linzer BON 1946 an die Ehegatten Johann und Maria Kober zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses auf der Grundparzelle 969/33 der Kat. Gem. Jägerberg zugestimmt.

Der Baukörper ist so zu situieren, daß der gesetzlich einzuhaltende Sicherheitsabstand gegenüber der 60 kv-Leitung der NEWAG, welche die Grundparzelle überquert, gewahrt bleibt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht jemand dazu das Wort? Es ist nicht der Fall, somit angenommen.

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Der zweite Antrag kommt ebenfalls vom Finanz- und Rechtsausschuß und lautet:

22) Bau2-2553/66

Bau5-3112/66

Genehmigung einer Grundteilung (Hubert und Antonia Sandmayr) und Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an die Fa. Beer & Janischofsky.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Dem Grundteilungsantrag der Ehegatten Hubert und Antonia Sandmayr zur Schaffung der Grundparzelle 53/12 der Kat. Gem. Christkindl wird gemäß Art. XI der Linzer BON. 1946 nach Maßgabe des Teilungsplanes des Ing. Kons. für das Vermessungswesen, Dipl. Ing. Hans Fieber, vom 5. 4. 1966 zugestimmt.

2) Des weiteren wird der Erteilung der Baubewilligung an die Firma Beer & Janischofsky zur Errichtung von Arbeiterunterkünften auf dem neu geschaffenen Bauplatz nach Maßgabe der Baupläne der einschreitenden Firma vom 27. 4. 1966 und des Situierungsvorschlages des Stadtbauamtes gemäß Art. XI der Linzer BON. 1946 zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Dies ist nicht der Fall. Ich darf Ihre Zustimmung annehmen.

Kollege Kinzelhofer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzutragen.

Der erste Antrag lautet:

23) Bau2-1888/64

Bau5-2087/64

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Herbert Reisinger zur Schaffung eines Bauplatzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Grundteilung zur Schaffung eines Bauplatzes, bestehend aus den Parzellen 570/2 der Kat. Gem. Gleink und 218/14 der Kat. Gem. Stein nach Maßgabe des Teilungsausweises des Ing. Kons. für das Vermessungswesen, Dipl. Ing. Gsöllpointner, vom 17. 3. 1964, GZ. 2174/64, und der Errichtung eines Zweifamilienwohnhauses auf dem neu geschaffenen Bauplatz wird gemäß Art. XI der Linzer BON. 1946 zugestimmt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht jemand das Wort? Es

ist nicht der Fall, somit angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Der zweite Antrag betrifft:

24) Bau2-3343/66

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Schaffung von 4 Bauplätzen in der erweiterten Infangsiedlung (Walter Buchstaller, Wilhelm Schwendtner, Franz Wieringer und Johannes Hauser).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Schaffung von vier Bauplätzen in der erweiterten Infangsiedlung für die Bauwerber Walter Buchstaller, Wilhelm Schwendtner, Franz Wieringer und Johannes Hauser wird nach Maßgabe der Lageplanskizze der Mag. Abt. III vom 14. 6. 1966 gemäß Art. XI der Linzer BON. 1946 zugestimmt.

Ich ersuche auch bei diesem Antrag um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist dies nicht der Fall, somit ist der Antrag angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Verehrte Damen und Herren, wie üblich gebe ich Ihnen die Budgetsumme, die wir heute durch die Beschlüsse in Anspruch genommen haben, bekannt. Es sind 7,3 Millionen Schilling.

Ich glaube, daß das nicht das Entscheidende in dieser Sitzung war. Wir haben heute weittragende Beschlüsse gefaßt. Beschlüsse, die geeignet sind, das Stadtbild in verschiedenen Gebieten wesentlich zu verändern und im positiven Sinn zu beeinflussen. Ich denke da an den Beschluß zur Abwasserbeseitigung im Ortsteil Gleink. Wir haben Beschlüsse gefaßt, die geeignet sind, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in unserer Stadt zu bereichern und zu beleben.

Ich denke dabei an den Beschluß über die Konstituierung Steyrs als Fremdenverkehrsgemeinde. Wir haben auch Beschlüsse gefaßt, verehrte Damen und Herren, die an das Verständnis der Bevölkerung appelliert haben, die aber meiner Meinung nach notwendig waren, um das wirtschaftliche Gefüge der Kommunalbetriebe und Unternehmungen unserer Stadt zu fundieren und deren weiteres gutes Funktionieren im Interesse unserer Stadt zu gewährleisten. Ich danke Ihnen, verehrte Damen und Herren, für Ihr Verständnis, für Ihre verständnisvolle Mitarbeit bei der Lösung dieser Probleme, die letzten Endes geeignet waren, das Kommunalgetriebe in unserer Stadt zu verbessern und für die Zukunft zu gewährleisten. Fassen wir in diesem Sinne auch die Diskussion auf und ich darf Ihnen, werte Damen und Herren, noch einmal für die verständnisvolle Mit- und Zusammenarbeit danken.

Vielleicht darf ich Ihnen auch noch einen Beschluß des Stadtsenates mitteilen. Der Stadtsenat hat in der dieser Sitzung vorausgegangenen Tagung Herrn Obermagistratsrat Dr. Eder zum Stellvertreter des Herrn Magistratsdirektors bestellt. Es ist uns damit eine wertvolle Hilfe bei der Bewältigung unserer Aufgaben gegeben, gerade bei der Bearbeitung kleiner, aber nicht unwesentlicher Wünsche unserer Bevölkerung. Es wurden in der Diskussion ja einige dieser Probleme, dieser Wünsche, an uns herangetragen.

Ich bitte Herrn Obermagistratsrat Dr. Eder, seine Fähigkeiten und seine ganze Kraft dieser seiner neuen Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

Allgemeiner Applaus!

Ihnen darf ich noch, nachdem wir ja kurz vor den Ferien, kurz vor

der Urlaubszeit stehen, einen recht schönen, angenehmen und erholsamen Urlaub wünschen. Der Herbst wird uns sicher - das wurde ja schon angedeutet - vor einen großen Berg neuer Aufgaben stellen, besonders vor die Bewältigung großer finanzieller und

wirtschaftlicher Probleme.

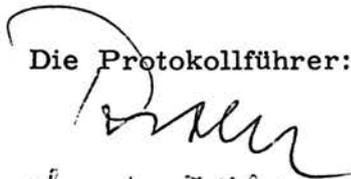
Damit ist die Sitzung geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.20 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollführer:



1. erster Vizepräsident

Die Protokollprüfer:

